Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 548. Morgen-Ausgabe. Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 23. November 1866.

Die letzten Bourbonen.

Mit der Königin Isabella II. von Spanien sinkt die Letzte aus dem Bourbonen-Geschlecht, das einst Europa Gesetze vorzuschreiben sich unterfing, vom letzten Bourbonenthrone herab; denn nach der Art und Weise, wie es Ihre spanische Majestät treibt, kann der Sturz dieser Dynastie auch in Spanien nur noch eine Frage der Zeit und zwar der allerkürzesten Zeit sein. Die Bourbonen Frankreichs und Italiens breiten bereits ihre Arme aus, um die letzte Regentin des Geschlechts als Collegin im Exile zu begrüßen. Wie alle Bourbonen, so ist es auch Isabella II., welche sich selbst den Sturz bereitet und darin von ihren Freunden und Freundinnen auf das Eifrigste unterstützt wird. Selten so deutlich hat sich das Weltgericht der Geschichte geoffenbart, als in dem mehr als wohlverdienten Schicksale der Bourbonen.

Mit Ausnahme ihres Gründers, Heinrich's IV., waren die Bourbonen, wo sie auch immer regierten, in Frankreich, in Italien, in Spanien die unverfälschten Repräsentanten des reinsten Absolutismus; es gehörte zu ihren Grundsätzen, bewußt oder unbewußt den Wünschen ihrer Völker schnurstracks zuwiderzuhandeln, sich selber auf das Piedestal gottähnlicher Höhe zu stellen und ihre Unterthanen dem geistigen und materiellen Verderben, wie dem moralischen Untergange zu opfern. In Frankreich und Italien haben die Völker, geknechtet bis auf's Aeußerste, verletzt in ihren heiligsten Gefühlen und durch königliches Beispiel selbst auf's Tiefste demoralisirt, mehr als einmal das Gericht vollzogen; in Spanien naht es unaufhaltsam; die preußischen Legitimitäts-Ritter können von Neuem sammeln zum silbernen Ehren- (??) Schilde für die Letzte der Bourbonen.

In den Legendenbüchern wird erzählt, daß San Jago de Compostello, der Schutzpatron Spaniens, einst die heilige Jungfrau anflehte um Glück und Segen für sein Vaterland. Alle seine Wünsche wurden ihm erfüllt; nur der letzte, welcher eine „gute Regierung" verlangte, wurde ihm abgeschlagen. Denn — sagte, wie die Legende erzählt, die heilige Jungfrau — wenn Spanien zu allen Vorzügen seiner wunderbaren Lage, seines herrlichen Klimas, seiner schönen Städte und seiner schiffbaren Flüsse noch den Segen einer guten Regierung hätte, dann würden die Heiligen selbst das Paradies verlassen und sich in Spanien ansiedeln.

So erhielt Spanien statt der „guten Regierung" die Bourbonen, die Ideale unserer Legitimitätsritter — und diese haben es gründlich verstanden, das „Paradies" in eine Hölle zu verwandeln.

Seit länger als einem halben Jahrhundert, seit dem dreimal meineidigen Ferdinand VII., der die Patrioten, denen er Thron und Vaterland verdankte, auf die Schaffotte, die Galeeren und in die Verbannung schickte, kämpfte das spanische Volk für eine „gute Regierung" gegen eine bigott-fanatische, blutig willkürliche Herrschaft; mehr als einmal in dieser langen Zeit erhoben sich die Spanier gegen den bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Druck, aber theils durch französische Truppen, theils durch inneren Verrath, theils auch durch ihr eigenes, ein Volk nie schändendes Vertrauen immer wieder unterworfen, wurden sie gezwungen, die Lasten und Leiden eines politischen und religiösen Fanatismus, wie er nur unter dem Bourbonen-Geschlechte möglich war, ferner zu ertragen. Die „gute Regierung" blieb ihnen versagt.

Isabella II., die jetzige Königin, nimmt, obwohl in den Augen der wirklichen Legitimitätsritter nicht recht legitim und eigentlich mit ihrer Herrschaft auf die liberale Partei angewiesen, demungeachtet eine ihrer Vorfahren würdige Stellung ein. Sie versteht als echte Bourbonin zu regieren und hat Spanien den Becher des Elends bis zur Neige leeren lassen.

Wir würden fürchten, der Verleumdung bezichtigt zu werden, wenn wir behaupten wollten, daß ihr Privatleben die Gebote der Tugend oder auch nur die Regeln des Anstandes stets innegehalten hätte; im Gegentheil, auch in dieser Beziehung hat sie sich die meisten Männer und Frauen aus dem Bourbonengeschlechte zum Muster genommen. Jedoch solcher Scenen am Hofe, wie sie hier angedeutet werden, ist das spanische Volk zu sehr gewöhnt, als daß es nicht darüber hinwegsehen sollte; die Königin Christine, Isabella's würdige Mutter, hat darin das Möglichste geleistet. Wir haben es hier mit dem Regierungssysteme zu thun und dieses ist das Schlechteste von Allen, unter denen Spanien seit langer Zeit geseufzt hat. Die Königin ist ganz in die Hände von fanatischen Hofcliquen gefallen; Pater Claret, die „blutende Nonne" Patrocinio (nach österreichischen Blättern eine Nonne, welche an den Händen blutende Nägelwunden nach Art der Wunden des Heilands zu haben vorgiebt) und ähnliche herrschen jetzt am Hofe zu Madrid und leisten der Königin thätige Hilfe, um Spanien an den Abgrund des Verderbens zu führen.

Seitdem diese fanatische Camarilla durch den Sturz des ziemlich freisinnigen Ministeriums O'Donnell zur Herrschaft gelangt ist, hat ein Terrorismus Platz gegriffen, der an die schlimmste Zeit der ersten französischen Revolution erinnert. Mit dem Ministerium Narvaez ist die extremste Richtung an's Ruder gelangt; aber selbst dieses Ministerium kann sich nur dadurch halten, daß es der bigotten Grausamkeit der blutigen Hofcamarilla blinden Gehorsam leistet.

Seit der Existenz dieses Ministeriums sind, wie wir vor einigen Tagen aus Madrid mittheilten, 759 Offiziere, nämlich 34 Obersten, 34 Oberstlieutenants, 51 Majore, 274 Hauptleute, 400 Offiziere unteren Ranges entweder internirt, deportirt oder in's Gefängniß geworfen worden, ungerechnet die Verurtheilung jener, welche sich am Prim'schen Aufstande betheiligten. Von den Sergeanten wurden 64 erschossen, 300 deportirt; die Zahl der erschossenen Soldaten und Corporale ist unbekannt.

Mit der bigotten Frömmelei verbindet sich nach einem bekannten Erfahrungssatze immer Grausamkeit. Daher werden die politischen Verbrecher nicht mehr wie früher nach Cuba deportirt, wo Leute von einigen Mitteln sich durch Genuß von Fleischkost, Wein u. s. w. ihre Gesundheit auch gegenüber dem gelben Fieber wahren konnten, sondern nach Fernando do Po, an der Küste von Guinea in Afrika, einem der landschaftlich schönsten, aber für Weiße mörderischsten Striche des Erdballes, der ganz abseits von der großen Welthandelsstraße liegt und wohin sich fast nie ein anderes Fahrzeug als höchstens ein spanisches Regierungsschiff verirrt, wo überdies gelbes Fieber, Ruhr, Dysenterie und alle die scheußlichen Krankheiten, an denen die Tropenzone so reich ist, unter den Deportirten rasch genug reinen Tisch machen.

Natürlich ist ein derartiger Terrorismus nicht aufrecht zu erhalten ohne die größte Corruption; über ganz Spanien ist ein Spionirsystem ausgebreitet, dem die ehrenwerthesten Männer zum Opfer fallen. Keiner traut dem Andern; der Verrath schleicht sich in die Mitte der Familien.

Solchen absichtlich und mit Bewußtsein herbeigeführten Zuständen gegenüber — wäre es denn da ein Wunder, wenn endlich das spanische Volk, müde der unter dem Deckmantel heuchlerischer Frömmelei verübten Gräuel, sich erhebt und der Knechtschaft ein Ende setzt? Wenn die Weltgeschichte endlich auch mit der Letzten aus dem Geschlechte der Bourbonen ins Gericht geht — ist es dann das Volk oder ist sie es nicht selbst, die das Urtheil herbeiruft?

„Sie haben Nichts gelernt und Nichts vergessen" — wie oft ist dieses Wort den Bourbonen zugerufen worden! Der Gang der Dinge in Spanien beweist, daß dieses Geschlecht, das nie seine Zeit begriffen und stets seiner Laune gefolgt, von der Geschichte dem Untergange geweiht ist. Der Schrecken mag eine Zeit lang die Bewegung noch aufhalten, aber alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Stunden der jetzigen spanischen Herrschaft gezählt sind.

Möchte dem armen spanischen Volke in seinem reichen Paradiese endlich das zu Theil werden, was ihm vom Schicksale bisher versagt war: eine „gute Regierung"!

Breslau, 22. November.

Von verschiedenen Seiten werden noch immer lebhafte Anstrengungen gemacht, um die kriegerischen Neigungen des französischen Volkes durch das Schreckbild eines preußisch-russischen Bündnisses anzustacheln. Unser Berliner ∋-Correspondent schreibt uns darüber:

∋ **Berlin**, 21. Nov. Man beurtheilt die Urheber und Verbreiter dieses Gerüchtes zu milde, wenn man dasselbe lediglich unter die Gattung derjenigen Märchen verweist, welche tagtäglich erfunden werden, um dem Sensations-Bedürfniß des großen Haufens zu genügen oder um auf die Börsenspeculation zu wirken. Die eben angedeutete Fabel hat eine tiefer liegende Moral, wenn man nämlich als Moral das Bestreben gewisser Geister gelten lassen will, welche sich die Aufgabe gestellt haben, die öffentliche Meinung Frankreichs für einen Kreuzzug gegen Preußen und Rußland zu gewinnen. Forscht man genauer nach den Quellen jenes Gerüchtes, so leitet der alte juristische Erfahrungssatz: Is fecit, cui prodest auf die richtige Spur. Preußen und Rußland haben nicht über den Mangel an Gegnern zu klagen; aber es sind doch nur ganz bestimmte Elemente, welche den gleichzeitigen Kampf gegen Beide auf ihre Fahne geschrieben haben. Diese Elemente sind vorzugsweise in Oesterreich vertreten und dann zunächst in einzelnen französischen Parteigruppen, welche für die Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich schwärmen, um dieselbe für die Endziele eines ultramontanen Fanatismus auszubeuten. Deshalb kann es gar nicht auffallen, daß Erdichtungen aus österreichischer Fabrik mit besonderem Eifer durch Pariser Blätter von der Farbe des „Monde", der „France" und der „Presse" aufgenommen und erweitert werden. In der „Presse", dem Organ des päpstlichen Finanzmannes, Herrn Mirès, findet sich ein zweiter Artikel, welcher allerlei angebliche Enthüllungen über das preußisch-russische Bündniß auftischt und in dieser Richtung auch der Reise des Kronprinzen nach Petersburg eine tendenziöse Bedeutung beilegt (s. den Artikel unter „Paris"). Mit besonderem Geschick ist der Artikel, welcher die albernsten Klatschgeschichten zusammenwürfelt, jedenfalls nicht geschrieben. Für die Plumpheit der Erfindung zeugt schon der Umstand, daß gerade die Person des Kronprinzen zum Unterhändler einer preußisch-russischen Allianz gestempelt werden soll. In politischen Kreisen ist man vollkommen überzeugt, daß der Besuch des Kronprinzen in Petersburg ebensowenig einen specifisch-politischen Zweck hatte, als die Anwesenheit des Prinzen von Wales bei den russischen Hoffesten. Schon ein äußeres Merkmal ist für das Sachverhältniß bezeichnend: es befand sich in der Begleitung des Kronprinzen auch nicht eine einzige Persönlichkeit, welcher eine besondere Qualification für diplomatische Unterhandlungen zugeschrieben werden könnte. Noch viel wichtiger aber oder vielmehr von entscheidender Bedeutung ist die Thatsache, daß weder für Preußen noch für Rußland zu einem bindenden Allianz-Verhältniß eine genügende Veranlassung vorliegt, und man darf Staatsmännern von dem kühnen Streben eines Grafen Bismarck und eines Fürsten Gortschakoff zutrauen, daß sie nicht vor der Zeit fesselnde Verpflichtungen eingehen. Uebrigens hat der Spuk der preußisch-russischen Allianz keinen Eingang in den Tuilerien-Palast gefunden. Die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich sind ungetrübt, Herr Benedetti, eine persona grata im hiesigen auswärtigen Amte, ist wieder auf den Botschafterposten in Berlin zurückgekehrt und als zukünftiger Vertreter Preußens in Petersburg wird Prinz Reuß bezeichnet, welcher notorisch ein bevorzugter Freund des französischen Hofes ist. Unter diesen Umständen kann kein Unbefangener an ein gegen Frankreich gerichtetes Bündniß zwischen Preußen und Rußland glauben.

Ueber die Erklärung der hannover'schen Ritter kann sich die „Kreuz-Zeitung" immer noch nicht zufrieden geben. Da ihre wackeren Gesinnungsgenossen in Hannover, Kurhessen u. s. w. nun einmal Preußenfeinde sind und bleiben wollen, wie das von den Conservativen außerhalb Preußens nicht anders zu erwarten, so sucht sie dieselben durch Aussicht auf Lohn und materielle Vortheile zu ködern, denn sie weiß aus Erfahrung, daß es kein übel Ding ist, aus der Gesinnung klingendes Capital zu machen. Daher schreibt sie:

Sicherlich würde ja die preußische Regierung, wenn sie zu der Lösung ihrer Aufgabe in den neuen Landestheilen die Mitwirkung heimischer Kräfte heranzieht, sich am liebsten an conservative Männer wenden und denselben freiwillig einen Einfluß gewähren, der in festgezogenen Schranken den Interessen des Gesammtstaates nur entsprechen kann. Aber wir wissen auch, daß, wenn die Haltung der conservativen Elemente ihr dies zu schwer machen sollte, die Regierung den Beistand der conservativen Kreise doch nicht dadurch erkaufen wird, daß sie das Wohl und die Interessen der Gesammtmonarchie minder hoch achtete.

Findet das Ministerium bei der conservativen Partei dort das erwartete Entgegenkommen nicht, so hat diese es sich selbst zuzumessen, wenn die Regierung die erforderliche Hilfe da annimmt, wo sie ihr bereitwillig geboten wird. Und sollte in Folge dessen eine Beeinträchtigung der conservativen Interessen in irgend einer Weise stattfinden, so würden die natürlichen Vertreter derselben sich allerdings solche Nachtheile aus der falschen Stellung erklären müssen, die sie ihrerseits selbst eingenommen.

In der That recht offen — die „Interessen" der Partei sind die Hauptsache. Gebt Ihr nach, so werden die Interessen der conservativen Partei gewahrt; wo nicht, so werden sie beeinträchtigt. Wir zweifeln, ob die hannover'schen Ritter darauf „anbeißen" — eher vielleicht die fromme Clique Vilmar's in Kurhessen; denn diese Sorte von Frömmigkeit weiß immer mit dem äußeren Vortheil Hand in Hand zu gehen.

Wie man uns aus **Wien** schreibt (s. unten die Wiener **-Correspond.), wird Hr. v. Beust in Bezug auf Ungarn noch viele Schwierigkeiten zu überwinden haben; selbst wenn Deak auf die Propositionen der österreichischen Regierung eingeht, sind die Schwierigkeiten nicht beseitigt, da möglicher Weise Deak in diesem Falle die Majorität im ungarischen Unterhause nicht mehr hinter sich hat.

In **Italien** ist man über die Geschicklichkeit, mit welcher Ricasoli in der römischen Frage jetzt operirt, sehr erfreut. Achtundvierzig Stunden vor der päpstlichen Allocution rief er durch Rundschreiben die ferngehaltenen oder ferngebliebenen Bischöfe in ihre Sprengel zurück und der Ankunft des französischen Kaiserboten Fleury eilte er mit einem neuen Rundschreiben an die Präfecten voraus, worin er vor jeder Agitation wegen der römischen Frage warnt und erklärt: „Italien hat Frankreich und Europa die Zusage ertheilt, sich nicht zwischen den Papst und die Römer einzumischen, sondern das letzte Experiment über die Lebensfähigkeit eines geistlichen Fürstenthumes, deren keines mehr in civilisirten Staaten vorhanden ist, ruhig vor sich gehen zu lassen. Indem man zugiebt, daß der Minister nicht gut sich in bestimmterer Weise aussprechen konnte, begreift man die schlechte Aufnahme sehr wohl, welche das Circular in den ultramontanen Kreisen gefunden hat. Mit Recht sagt man, daß nach solchen Mahnungen zur Mäßigung sich die Römer schwerlich noch zu einem Acte dürften hinreißen lassen, der als directe Feindseligkeit gegen das päpstliche Gouvernement oder gar gegen die Person des Papstes anzusehen wäre, während es doch bekannt ist, daß die Ultraclericalen, nachdem die Drohung mit der Flucht des Papstes ihre Wirkung auf die katholische Christenheit offenbar verfehlte, nur noch auf die Actionspartei rechneten, die ihnen schwerlich den Gefallen thun wird, das Wasser zu trüben, in welchem Andere zu fischen gedenken. Nicht ohne Grund setzt man auch in Rom selbst seine Hoffnung noch darauf, „daß es dem Papste nicht an Rathgebern gebricht, deren Vorschläge ebensowohl auf die Erhaltung der Würde des päpstlichen Stuhles, wie auf die Berücksichtigung der nationalen Interessen Italiens hinausgehen, von der ganzen katholischen Welt billigend anerkannt werden müssen".

Daß andererseits die italienische Regierung den nationalen Rechten der Römer nichts vergeben wird, steht gerade nach dem Ricasoli'schen Rundschreiben fester als jemals. — Was die Depesche betrifft, welche Herr Nigra dem Marquis de Moustier überreicht haben sollte, so bestreitet die „Patrie", daß eine solche Auslassung der italienischen Regierung über die römische Frage stattgehabt habe. Indeß stimmt das Rundschreiben Ricasoli's im Wesentlichen doch mit dem Inhalte überein, den jene Depesche Visconti Venosta's gehabt haben sollte. — Hinsichtlich der bischöflichen Frage sind nunmehr wohl die Hauptschwierigkeiten glücklich beseitigt. Der Eifer aber, mit welchem die Häupter des venetianischen Clerus, selbst diejenigen, welche früher die leidenschaftlichsten Parteigänger Oesterreichs waren, trotz der päpstlichen Allocution, sich an den Huldigungen für Victor Emanuel betheiligt haben, hat dem liberalen Theil der römischen Geistlichkeit wieder Muth gemacht. Durch die Blätter läuft jetzt ein Schreiben des Bischofs von Nicastro an den dortigen Unterpräfecten, das ein sehr bemerkenswerthes politisches Glaubensbekenntniß enthält. Der Bischof findet es vollkommen in der Ordnung, daß in Venedig für die Befreiung Venetiens ein Tedeum abgehalten wurde; die Geistlichkeit, sagt er, dürfe in der Ausübung ihrer religiösen Pflichten nie vergessen, daß sie auch Pflichten gegen das Vaterland habe.

Unter den Mittheilungen französischer Blätter über die römische Frage verdienen vor Allem die Spöttereien, welche sich das „Journal des Debats" über die genialen Anwandlungen des „Monde" und der „Presse" erlaubt, eine Berücksichtigung, weil sie die Sache selbst unzweifelhaft auf den richtigen Stand zurückführen. In der That war es von dem ersteren seltsam genug, in den preußischen Eröffnungen, welche in Rom gemacht wurden, den Sinn finden zu wollen, als sei von allen Souveränen Europa's, die sich heute um das Geschick des Erbgutes Petri kümmern, nur noch „das Oberhaupt des Protestantismus, der Großneffe des frommen Herrschers, der den Namen Friedrich der Große trägt", als der zuverlässigste Schirmherr des päpstlichen Thrones übrig geblieben. Was aber die wunderbaren Enthüllungen betrifft, mit welchen die „Presse" das Ihrige thut, um den gesammten Katholicismus gegen die preußisch-russische Allianz in's Feld rufen zu helfen, so ist dieses mit allerlei Anecdotenkram durchwebte Curiosum (s. „Paris") durch unsere obige Berliner ∋-Correspondenz genügend abgefertigt. Wichtiger als alles dies sind indeß die Andeutungen, welche man der „K. Z." über die Wandlung gegeben hat, die in der Sinnesart des Marquis de Lavalette stattgefunden haben soll.

Auch dieser geschmeidige Hofmann, dessen Einfluß im Rathe des Kaisers, seither merklich gewachsen, sich namentlich bei Gelegenheit der Mission des Generals Fleury nach Italien kundgab, hat es jetzt nämlich sehr richtig gespürt, daß auf den Wegen der clericalen Hofpartei das Vertrauen Napoleons III. nicht wohl zu erringen ist. Doch wir lassen den Correspondenten der „K. Z." darüber am besten selbst reden. „Der General-Adjutant des Kaisers", sagt er, „geht in der That nicht nur nach Florenz, sondern auch nach Rom, und die Richtung, die ihm seine Instructionen vorschreiben, spiegelt sich sicher am deutlichsten in den Worten wieder, die ihm der Kaiser am Schlusse der ersten Unterredung zurief, welche sich auf die fragliche Sendung bezog. „Bref", habe der Kaiser gesagt, „il faut que Victor Emanuel fasse de l'archéologie avec la papauté, comme je fais avec le château de Pierrefonds." (Bekanntlich das Schloß, welches auf den Wunsch der Kaiserin jetzt restaurirt wird.) Wie gesagt, bei dieser Gelegenheit hat sich der Einfluß Lavalette's beim Kaiser wieder befestigt und in Hofkreisen ist man der Ansicht, daß der Minister des Innern seine bevorzugte Stellung bald nach seiner Rückkehr sehr wohl zum Nachtheil einiger seiner Collegen, die ihm persönlich wenig wohlwollen, anwenden könnte. Schon jetzt liegen gewisse Anzeichen vor, daß in der ersten Reihe jener unbequemen Cabinets-Mitglieder auch der jetzige Minister des Aeußern steht. Schreibt man es doch dem Einflusse des Staats-Ministers, der natürlich stets mit Lavalette Hand in Hand geht, zu, daß der Marquis de Moustier nicht zu den Berathungen der Militär-Commission zugezogen wurde, obgleich wohl er am besten im Stande gewesen wäre, genau darüber zu berichten, welchen Eindruck die Zusammenberufung dieser Commission und die ganze Armee-Reform selbst auf die auswärtigen Mächte hervorgerufen.

Die Thronrede, mit welcher am 19. d. in den **Niederlanden** die Session der Generalstaaten durch eine Commission der Minister eröffnet worden ist, weist auf die Anläße hin, welche zur Auflösung der Zweiten Kammer geführt hatten, und fügt hinzu, daß der König und die Minister hoffen, daß nun nach der Entscheidung der Wähler das Volk und dessen Repräsentanten der Regierung ihre Mitwirkung gewähren werden, auf daß sie ihre constitutionelle Aufgabe zum Glück des Vaterlandes erfülle. Die Thronrede kündet mehrere Vorlagen an, worunter an erster Stelle das Budget. Sie drückt die Hoffnung aus, daß die gemeinsamen Bemühungen von einem gegenseitigen Vertrauen geleitet und die Berathungen von einem versöhnlichen Geiste und einer strengen und loyalen Beobachtung der Verfassung beherrscht sein werden.

Müssen wir bei dieser Gelegenheit der „N. A. Z.“ vollständig Recht geben, wenn sie meint, daß es erst abzuwarten sei, inwiefern sich diese Voraussetzungen bestätigen und können wir dagegen die von dem Haager Correspondenten desselben Blattes ausgesprochenen Hoffnungen auf eine fortschreitende Erweiterung des conservativen Elements in der niederländischen Kammer vor der Hand noch nicht theilen: so wird man uns dagegen wohl zutrauen, daß wir den Schmerz, den die „N. A. Z.“ über das Weiterbestehen des Parlamentarismus pflichtschuldig bei jeglicher Gelegenheit empfindet, auch hier wohl zu ehren verstehen. Ja, man wird nicht bezweifeln, daß wir die Nachricht, daß selbst in **Egypten** und in **Konstantinopel** die constitutionelle Regierungsform fortan Platz greifen soll (siehe die telegr. Depeschen am Schluß der Zeitung), nur mit einem höchst gemischten Gefühle zu registriren vermochten. Indeß — die „N. A. Z.“ wird uns vielleicht bald wieder mit der tröstlichen Versicherung erfreuen, daß der Parlamentarismus, der für gebildete Völker ein längst überwundener Standpunkt ist, ebendarum im Auswandern begriffen ist und daß er nur noch auf kurze Zeit in der Türkei sein Dasein fristen wird, um endlich die Welt von seiner fatalen Gegenwart ganz zu befreien.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 21. November.

28. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

(Fortsetzung.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich erlaube mir, dem Hause 2 Gesetzentwürfe vorzulegen, der erste betrifft die Incorporation der kleinen von Baiern und Hessen-Darmstadt abgetretenen Landestheile und ist ganz nach dem Modell des ersten derartigen Gesetzes gearbeitet.

Der zweite betrifft eine Abänderung des Art. 69 der Verfassungsurkunde, worin die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten normirt wird. Da nun in den neuerworbenen Landestheilen mit dem 1. Octbr. 1867 die preußische Verfassung eingeführt werden soll, müssen auch Abgeordnetenwahlen dort ausgeschrieben werden. Die Regierung kann dies jedoch nicht thun, bevor nicht die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten gesetzlich vergrößert worden. Da es nun wünschenswerth ist, diese Vorlage so bald wie möglich zu erledigen, zumal eine zweimalige Lesung des Gesetzes nöthig ist, die Regierung aber bis jetzt nicht im Stande war, die Bevölkerungszahl, sowie das Steuerverhältniß dort genau so festzustellen, daß eine Eintheilung zu den Wahlen jetzt schon gegeben werden könnte, geht die Vorlage dahin, daß die Anordnungen für die erste Wahl durch königliche Verordnungen getroffen werden sollen, mit der Maßgabe, daß das Verhältniß der Zahl der bisherigen Abgeordneten zur Einwohnerzahl Preußens (etwa 1 Abgeordneter auf 51,000 Einwohner) maßgebend sein soll. Es würden danach in den neuen Landestheilen circa 79—81 Abgeordnete zu wählen sein.

Der erste Gesetzentwurf wird derselben Commission überwiesen, die über die Incorporation von Hannover &c. früher berathen; für den zweiten wird eine besondere Commission von 14 Mitgliedern zu wählen beschlossen, die jedoch mündlichen Bericht abstatten soll.

Das Haus tritt nunmehr in die Specialberathung über den Etat ein.

Zur Berathung gestellt werden zuerst „Dotationen“.

Zum ersten Theile dieser Position: „Zuschuß zur Rente des Kronfideicommißfonds“ verlangt Niemand das Wort. Zum zweiten Theile: „Oeffentliche Schuld“ geben wir zunächst folgende Daten:

Die verzinsliche öffentliche Schuld des preußischen Staates setzt sich für das Jahr 1867 zusammen aus allgemeinen Staatsschulden im Betrage von 237,011,600 Thlrn., aus provinziellen Staatsschulden im Betrage von 3,209,848 Thlrn. 11 Sgr. 7 Pf. und aus Eisenbahnschulden im Betrage von 18,498,037 Thlrn. 15 Sgr., in Summa 258,779,458 Thlr. 26 7/10 Sgr., und mit Hinzurechnung der unverzinslichen Schuld von 15,842,347 Thlrn. auf 274,621,832 Thlr. 26 Sgr. 7 Pf.

Die Verzinsung der allgemeinen Staatsschuld beansprucht für 1867: 9,778,601 Thlr., um 233,735 Thlr. 15 Sgr. weniger als im Jahre 1866, entsprechend der durch Tilgung bewirkten Verminderung des zu verzinsenden Capitals um 5,793,900 Thlr.;

die Verzinsung der Provinzialschulden 90,095 Thlr. 21¼ Sgr. um 6929 Thlr. 27¾ Sgr. bei Verminderung des Capitals um 221,619 Thlr. gegen das Vorjahr;

die Verzinsung der Eisenbahnschulden 745,774 Thlr. 7½ Sgr. um 7794 Thlr. 7½ Sgr. weniger als im Vorjahre, entsprechend einer Verminderung des Capitals durch Tilgung um 183,075 Thlr.

In Summa kostet die Verzinsung der Staatsschulden im Jahre 1867: 10,614,470 Thlr. 28 Sgr. 10 Pf.

Die Tilgung der Staatsschulden beansprucht im Jahre 1867: 5,188,897 Thlr. 16½ Sgr., nämlich: a) die Tilgung der allgemeinen Staatsschulden 4,779,711 Thlr., b) der provinziellen Staatsschulden 218,587 Thlr. 16½ Sgr., c) der Eisenbahnschulden 190,599 Thlr.

Die Ausgabe für die Staatsschuld, einschließlich der Verwaltungskosten, beträgt für 1867: 16,321,100 Thlr., also um 11,600 Thlr. weniger als im vorigen Jahre.

Regierungscommissar Moelle geht in einem längeren Vortrage die einzelnen Positionen der öffentlichen Schuld erläuternd durch. Was in dem Verwaltungsetat der Staatsschulden mehr angeführt ist, als im Jahre 1866, ist zur Besoldung mehrerer neuer Beamten veranschlagt, da es nicht wünschenswerth erscheint, Diätarien, welche in der letzten Zeit oft nothwendig geworden sind, ohne Caution in diesem Zweige der Verwaltung zu beschäftigen. Nach Angabe aller einzelnen Posten trägt der Reg.-Commissar darauf an, die Vorschläge zu genehmigen, geht dann auf den Antrag des Abg. Lasker über und bemerkt: Die Regierung ist nicht der Ansicht, daß sie verpflichtet ist, den Vertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft vorzulegen. Ich bemerke, daß über die Effecten, welche dem Staate in Folge jenes Vertrages überwiesen worden sind, zum Theil mit Zustimmung dieses Hauses schon verfügt ist. Bei der Vorlage des Creditgesetzes von 60 Millionen ist ausdrücklich erklärt worden, daß die Effecten der Köln-Mindener Eisenbahn zum Theil veräußert sind und es die Absicht ist, auch den übrigen Theil zu veräußern, um die Kriegskosten damit zu decken; diese ausdrücklichen und wiederholten Erklärungen haben damals in diesem hohen Hause keinen Widerspruch gefunden. Ich bitte Sie deswegen, auf diesen Antrag zu verzichten. (Bravo rechts.)

Der Präsident stellt den Antrag des Abg. Lasker mit zur Debatte.

Abg. Lasker: Meine Herren! Der jetzt vorliegende Gegenstand hat dieses Haus früher bereits beschäftigt; damals wurde er von einer Commission berathen. Ich habe geglaubt, jetzt diesen Antrag einbringen zu müssen, um die Rechte dieses Hauses zu wahren. Thatsächlich verhält sich die Sache folgendermaßen. Der preußische Staat hat durch verschiedene Verträge zum Theil bei der Anlage der Köln-Mindener Bahn, zum Theil aus späterer Zeit einerseits Verpflichtungen übernommen, andererseits Rechte erworben, indem er einerseits die Zinsgarantie übernommen, andererseits an den Einnahmen selbst participirt und die Actien der Hauptbahn zum Nennpreise amortisiren kann, d. h. das Recht hat, die Eisenbahn anzukaufen. Im Jahre 1865 war dieses Recht von so bedeutendem Umfange wegen des damaligen Standes der Actien; die Regierung begab sich damals dieses Rechtes gegen anderweitige Entschädigung. Im Allgemeinen kann kein Zweifel sein, daß der Inhalt des Vertrages darauf hinausgeht, daß die Regierung sich eines Rechtes über Staatsvermögen entäußert gegen eine Entschädigung. Jede solche Disposition bedarf aber der Zustimmung der Landesvertretung. Es kann der Regierung nicht überlassen werden, über Staatsvermögen, welches als Einnahmequelle dient, einseitig zu verfügen. Ueberall, wo diese Zustimmung fehlt, hat die Regierung kein Recht, über Einnahmen oder Ausgaben zu disponiren; wenn man das auch nicht auf jedes einzelne schadhafte Gebäude ausdehnen kann, welches veräußert werden muß, so giebt es doch eine sehr klare Grenze. Wenn es sich nur um Verkauf solcher Gegenstände handelt, die zur übrigen Staatsverwaltung nöthig sind, so kann die Executive einen sachgemäß bedingten Verkauf veranstalten, wenn aber solches Staatsvermögen veräußert werden soll, das als Einnahmequelle dient, so verhält es sich anders. Daß die Zustimmung aller drei Factoren der Gesetzgebung dazu nöthig ist, lehrt klar die Tradition des preußischen Staates und die allgemeinen Grundsätze über Verfassungsrecht. Gerade bei uns ist das Staatseigenthum die Grundlage der Finanzverwaltung und steht gleich neben den Steuern und den übrigen Einnahmequellen, und die Köln-Mindener Bahn ist das in hohem Grade gewesen. Wie könnten wir unsere Prärogative, das Recht festhalten, wie gründliche Steuerreformen erlangen und das Bedürfniß des Staates nachweisen, wenn die Regierung einseitig über Hunderte von Millionen verfügen könnte. Aber hier gerade sind die Rechte des Staates auf diese Bahn so sehr durch Gesetze festgestellt, daß sie nur durch Gesetze wieder geändert werden können. Bei der Westfälischen Bahn wurde die Nothwendigkeit unserer Zustimmung anerkannt, weil man die Mittel durch eine Anleihe aufbrachte, die Staatsgarantie steht damit aber auf gleicher Stufe. Der jetzige Finanzminister, der auch damals dies Amt bekleidete, sagte vor dem Conflicte, man solle zusehen, daß nicht etwas geschehe, was nicht nach der Verfassung sei. Man glaubte damals, die Regierung wollte sich selbst Gelder schaffen, welche die Anleihen ganz überflüssig machten; das geschieht aber, wenn das ganze Vermögen des Staates so in den Händen der Regierung ist. Auch die Geschichte unseres Staates giebt für meine Ansicht den Beleg. Die allgemeine Strömung geht dahin, die Eisenbahnen immer mehr in Privathände übergehen zu lassen. Es ist auch sonst die Bereitwilligkeit vorhanden, den Vertrag zu genehmigen und Alles dieses sollte die Regierung bewegen, die Vorlage zu machen, da ein offenes Votum des Hauses nöthig ist bei so wichtigen Verfassungsrechten; außerdem hat auch die Regierung jetzt nicht mehr jenes Interesse, da der Staatsschatz mit 30 Millionen für geschlossen erklärt ist. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo.)

Finanzminister v. d. Heydt: Der Herr Abg. Lasker hat selbst zugegeben, daß die Regierung in Fällen, wo es im Interesse der Staats- oder der Finanzverwaltung geboten erscheine, auch ohne Zustimmung der Landesvertretung Veräußerungen vornehmen dürfe. Aber er fügt hinzu, es sei eine Grenze zu ziehen. Ich weiß nun nicht, aus welcher Bestimmung der Verfassung überhaupt ein solches Recht der Landesvertretung herzuleiten sein solle? Der Verkauf der Köln-Mindener Bahn hat zu einer Zeit stattgefunden, die Gottlob! nun hinter uns liegt, zur Zeit des inneren Conflictes. Die Regierung hat sich früher schon darüber geäußert, warum sie überhaupt den Verkauf vornahm, warum sie sich dazu für berechtigt hielt. Es ist ferner hier schon hervorgehoben, daß über die in Rede stehenden Effecten schon anderweitig verfügt worden ist, und die Credit-Commission selbst hat ja ihrer Zeit sich auf diese Effecten berufen, um damit gegen die Nothwendigkeit des Credits zu argumentiren. Wenn also einerseits das Abgeordnetenhaus selbst über diese Effecten schon disponirt hat, so ist andererseits, wie gesagt, der heute erhobene Anspruch auch nicht in der Verfassung begründet. Ich erinnere daran, daß Domänen wiederholt veräußert worden sind ohne Zustimmung des Hauses, ja daß die Regierung zur Veräußerung z. B. von Hüttenwerken aufgefordert worden ist, und daß dies Haus den in solcher Weise erfolgten Verkauf der Sayner Hüttenwerke gebilligt hat. Seitdem hat sich doch im Rechte nichts geändert. Die Regierung würde den jetzt in Rede stehenden Vertrag seiner Zeit recht gern dem Hause zur Genehmigung vorgelegt haben, aber sie hatte damals zu erwägen, ob dies vom Rechte erfordert und ob es opportun sei. Steht eine derartige Erwägung nicht entgegen, so wird sie auch künftig sich gern zur Vorlage entschließen.

Abg. v. Vincke (Hagen): Die Vorberathung setzt kurze Bemerkungen voraus, darum werde ich kurz sein. Ich theile die staatsrechtliche Begründung des Abg. Lasker und glaube, daß sein Antrag in Art. 99 der Verfassung begründet ist, nach welchem alle Einnahmen im Voraus auf den Etat gebracht werden müssen. Der Herr Finanzminister hat diese Bedenken nicht widerlegt, und auch Versprechungen für die Zukunft entbinden nicht von Verpflichtungen aus der Vergangenheit. Aber ich halte die Sache eigentlich für abgemacht. Die Indemnität, die wir ertheilt haben, umfaßt bekanntlich auch die Einnahmen von 1865 und unter diese fällt der betreffende Verkauf. Zweitens ist die Sache durch das Amendement Michaelis zu der Creditvorlage erledigt, welches die „Verwerthung verfügbarer Effecten“ gutheißt und die Effecten der Köln-Mindener waren verfügbar. So ist also die Genehmigung schon implicite und explicite ertheilt und wir wollen jetzt nicht wieder zurückkommen auf Gottlob! begrabene Dinge, wodurch wir uns nur der ärgsten Mißdeutung aussetzen würden, sowohl vor unserem eignen Vaterlande, wie vor ganz Europa! (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Virchow: Der Herr Minister hat sich auf die Credit-Commission berufen, aber diese hat damals auch den Verkauf der westfälischen Bahn in ihre Rechnung aufgenommen, obwohl die Verhandlungen darüber noch schwebten und die Billigung durch den Landtag Vorbedingung war. Ebenso stand und steht es mit der Köln-Mindener. Verfügbar heißt doch hier nicht factischer, sondern rechtlicher Besitz. Es handelt sich hier nicht um den frühern Conflict, sondern um Klarheit darüber, wie verfahren werden muß. Wir können die Sache nicht so allgemein fassen, wie der Herr Minister will, die Frage wegen Veräußerungs-Befugniß ist ja eine controverse und bleibt vorläufig eine offene, aber hier sind bestimmte Gesetze verpflichtend, es liegen in dieser Sache Verträge des Staates vor, die theilweise mit Zustimmung der Kammern abgeschlossen worden sind und diese können nicht einseitig aufgelöst werden. Nicht Art. 99 der Verfassung kommt hier in Frage, sondern die Sache liegt so, daß im Wege der Gesetzgebung übernommene Pflichten auch nur in demselben Wege gelöst werden können. (Sehr wahr!) Soll hier eine Aenderung stattfinden, so wird hierdurch unser ganzes constitutionelles Wesen in die Luft gestellt. (Sehr wahr!) Weder die Indemnität beiläufig, noch die Creditvorlage implicite haben die Sache erledigt. Ich gebe zu, daß die vollendete Thatsache hierbei sehr vorwaltet, aber um so mehr ist die rechtliche Sicherung der Zukunft Hauptsache.

Abg. Lasker: Ich habe nicht gesagt, daß im Interesse der Finanzverwaltung die Regierung einseitig verfügen dürfe. Die Berufung auf die Indemnität weise ich entschieden zurück, diese bezog sich nur auf das Budget, wie das damals ausdrücklich anerkannt worden ist.

Abg. Dr. Simson: Die Erklärungen des Ministers und des Commissars machen es mir unmöglich gegen den Antrag Lasker zu stimmen. Vielleicht war derselbe unnütz, denn ich fasse die Indemnität auch so auf wie mein Freund v. Vincke. Aber die Regierung hat die staatsrechtliche Seite der Frage heute so aufgefaßt, daß ich ihr nicht folgen kann. Der Vergleich mit der Veräußerung der Domainen paßt nicht, denn diese ist vom Gesetze ausdrücklich vorgeschrieben. Die Versprechen für die Zukunft kann ich nicht acceptiren, denn hat die Regierung keine Verpflichtung, die Zustimmung des Hauses einzuholen, so darf sie dieselbe auch gar nicht einholen, weil sie damit die Rechte der Krone schmälern würde. (Sehr richtig!) Es wäre eine unsinnige Verfassung, wenn Anlehen an die Genehmigung der Kammern gebunden sein sollten, gleichzeitig aber dem Minister die Freiheit gewährt wäre, Anleihen so lange vermeiden zu können, als es überhaupt noch etwas im Staate zu verkaufen giebt.

Reg.-Commissar Geh. Rath Mölle: In der Rechnung für 1865 sind allerdings 5 Millionen als Baarzahlung aus dem Verkaufe aufgeführt. Es sind also Theile des Vertrages schon von Ihnen genehmigt. Die Gesetze, die der Abg. Virchow angeführt, reduciren sich auf eine Cabinetsordre aus den vierziger Jahren, durch welche die Garantie übernommen wurde.

Abg. Graf Schwerin: Der Vertrag hätte vorgelegt werden müssen, auch kann ich die Gründe des Ministers nicht anerkennen, aber die Indemnität und die geschehene Verwendung machen die Sache prekär, und deshalb stelle ich den Antrag: Das Haus, von der Ansicht ausgehend, daß der qu. Vertrag hätte vorgelegt werden müssen, sieht dennoch in Betracht der ertheilten Indemnität und der geschehenen Verwendung von weiterer Verfolgung der Sache ab.

Abg. Dr. Virchow entgegnet dem Reg.-Commissar in Bezug auf die von ihm gemeinten Gesetze und beantragt, die ganze Angelegenheit an die Budget-Commission zu verweisen. (Gelächter zur Rechten.)

Die Discussion wird geschlossen, der Antrag des Abg. Virchow abgelehnt und der des Abg. Lasker zur Abstimmung gebracht. Da das Bureau über das Resultat unentschieden ist, wird zur Zählung geschritten, welche 126 Stimmen für, 122 gegen den Antrag ergiebt. Auf den Antrag des Abg. v. Vincke wird der Namensaufruf vorgenommen und der Antrag Lasker's mit 129 gegen 122 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmen die Linke, die Katholiken und einige Altliberale. Damit ist der Antrag des Grafen Schwerin beseitigt.

Während der Zählung bringt der Präsident die einzelnen Titel 1—9 des Etats der öffentlichen Schuld zur Discussion. Niemand verlangt das Wort, sie werden einstimmig genehmigt.

Schluß der Sitzung 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen, Etats des auswärtigen und des Finanz-Ministeriums.)

Berlin, 21. Novbr. [Aus dem Abgeordnetenhause.] Der erste Tag der Budgetdebatte hat ein paar bedeutsame Reden gebracht und einen sehr bedeutsamen Beschluß. Wir meinen unter jenen in erster Reihe die des Abg. Michaelis, welche bei der Rolle, die dieser Mann voraussichtlich einst in der preußischen Staatsverwaltung spielen wird, eine dauernde Aufmerksamkeit erheischt, und meinen mit der zweiten die Annahme des Antrages Lasker. Die Frage war und ist etwas ernster, als der Abg. v. Vincke sie auffassen wollte und hätte auf die gutmüthige Weise des Grafen Schwerin nicht beseitigt werden können. Die Regierung schwimmt in Geld — das war der Eindruck, den vor etlichen Monaten die Creditcommission empfing, als sie mit einer Skizze der Finanzlage bekannt gemacht wurde, und dieser Eindruck hat sich in weiteren Kreisen wieder erzeugt bei dem Bekanntwerden des Budgets für 1867 und des Vorberichtes, den der Finanzminister dazu gab. Aus diesem Eindrucke hervor ging damals der vielangefochtene Antrag, den Credit unter der Bedingung zu bewilligen, daß dem Staatsschatze eine feste Grenze gezogen werde, und von diesem Gesichtspunkte aus hatte jener Antrag, den die Kammern genehmigten, auch sein Recht. Aber er richtete sich blos gegen das Phänomen, der heutige Antrag Lasker versuchte auch zu den Ursachen hinabzusteigen. Er knüpfte bei der bekannten Köln-Mindener Affaire an, ohne sich in derselben erschöpfen zu wollen. Vielmehr war man von allen Seiten darüber einig, daß diese Angelegenheit eine vollendete Thatsache sei, die nicht rückgängig gemacht werden könne, auch nicht gemacht werden solle, sondern daß es sich nur darum handle, von der Regierung die Zusage zu erlangen, daß sie in Zukunft das Recht der Landesvertretung anerkenne, zu solchen Geschäften ihr Ja oder Nein zu sagen. Man wendete dafür starke Mittel an, der Abg. Lasker sprach die Furcht aus, daß es sich hier nicht um einen gerade nur einmal vorgekommenen Fall der Opportunität handle, sondern

---

Hamlet.

Roman

von

A. E. Brachvogel.

Zweiter Band.

VIII.

(Fortsetzung.)

Am andern Morgen war William eben frohen Herzens beschäftigt, die Summe zu berechnen, welche ihm sein Antheil beider Periclesvorstellungen in unerwartet reichem Maße eingetragen, als er von dem Besuche Mister Wallingfort's, Hatton's Haushofmeister, überrascht wurde. Derselbe hatte ihn erst Abends vorher noch wegen des Pericles beglückwünscht, ohne sein heutiges Erscheinen angedeutet zu haben. Dasselbe mußte also einen plötzlichen Grund haben, und die ernste, etwas peinliche Haltung des ältesten und ersten seiner Gönner zeigte, wie wenig ihm selber die Veranlassung seines Erscheinens behagte.

„Ich komme nur,“ sagte er, William's erstaunten Gruß mit kurzem Händedruck erwiedernd, „Euch zu bitten, mit mir einen kleinen Gang Bankside aufwärts zu thun. Ich muß mit Euch sprechen, also — habt die Güte und beeilt Euch!“

„Gewiß, werther Freund, erlaubt nur, daß ich Dies bei Seite lege und Mantel und Hut nehme. Ihr seid in ernsten Dingen aus, ja Euer joviales Gesicht zeigt so Etwas von Bestürzung!“

„Sorge! Sorge um einen guten Freund, und Ihr sollt mir diese Sorge tragen helfen. Kommt, ich habe keine Minute zu verlieren.“

Bald befanden sich Beide am Banksideufer, Arm in Arm links an ihm den Fluß aufwärts schreitend.

„Eilt nicht so!“ damit hielt Wallingfort William zurück und ging langsamer; „ich komme sonst außer Athem.“

„Ich dachte, Ihr hättet's eben eilig!“

„Eilig oder nicht, jedenfalls hat es so lange Frist, bis Ihr wißt, was meine alte Freundschaft Euch zu rathen hat.“

„Mir zu rathen?“ —

„Nicht anders! Euch zu warnen, sogar — vorzubereiten! Der gute Freund, um den ich in Sorge bin, seid Ihr nämlich selber.“

„Um mich in Sorge?!“

„Ja seht, das ist natürlich. Ihr seid ein Mann von großen Gaben, Einer von Denen, die, gleich dem hellen Licht der Blumen, allerlei Gevögel und bunte Falter anziehen. Ihr seid des Lordkanzlers Liebling geworden, daß Ihr's nur wißt. Freilich, er ist nicht die Person, es Euch so leicht merken zu lassen. Aber Andre werfen sich an Euch heran, erlauchte Lords und allerlei munteres Hofgesinde, und Ihr seid sorglos genug, dabei nichts Uebles zu finden. Ihr caressirt mit ihnen, Ihr fühlt Euch, wie das bei Eurem armen Stande ja immer ist, durch die Bekanntschaft so vornehmer Leute geehrt. Aber das bringt Euch in schlimme Dinge, in allerlei Verdacht und“ —

„Was soll das heißen? Ich habe Euch fast Alles zu danken, Wallingfort, was ich bisher geworden; Ihr brachtet mich an den Globe und seid Ursache, daß ich Brot und Stellung erhielt; Ihr könnt auch jetzt nicht anders, als mein Freund sein. Also kurz und gut, wen meint Ihr unter dem erlauchten Umgange und welchen Verdachtes zeiht man mich?“

„Das weiß ich nicht, und Euch mehr zu sagen, verbietet mir — meine Pflicht, — höherer Befehl! Ja — ich soll, gar Nichts soll ich mit Euch sprechen, sondern Euch nur an Ort und Stelle bringen, — wo —“

Shakespeare wurde wirklich unheimlich zu Muth. „Mich? Wohin sollt Ihr mich bringen?“

„Bester, liebster William, faßt Euch, es muß doch sein! Sagt mir nur, habt Ihr irgend einen heimlichen Feind? Habt Ihr etwa Hamid, den Leibmohren, beleidigt?“

„Den Mohren?“ — Das gestrige Gespräch mit Wriotsley blitzte schreckhaft in ihm auf. — „Ich kenne den Hamid gar nicht!“

„So weiß ich nicht, wie's zusammenhängen mag! Aber Ihr sollt sogleich vor die Königin. Ihre Majestät hat mich ganz in der Frühe rufen lassen und mir befohlen, Euch sammt dem Mohren in's Schloß zu geleiten. Dort unterhalb der Christkirche liegt das Boot, das unsrer wartet.“ —

Shakespeare war stumm geworden. Daß die Königin ihn rufen ließ, zum ersten Male, um diese ungewöhnliche Morgenstunde und auf eine weder sehr offene, noch besonders ehrenvolle Art, war ihm ein sicheres Zeichen, daß ein königliches Ungewitter seiner harre. Wodurch war dasselbe entstanden, wenn Wriotsley's Geheimniß nicht entdeckt war? Ein Frösteln lief William durch die Glieder, der viel zu sehr von dem Bewußtsein seines gedrückten Standes erfüllt war, um sich nicht des Schlimmsten von der Ehre zu versehn, einer Monarchin so plötzlich aufwarten zu müssen.

„Muth, habt nur Muth! Wenn Ihr schlicht und gerecht antwortet, so wird sie's Euch am Ende nicht gar viel entgelten lassen. Laßt Die es ausbaden, welche an der Sache Schuld haben mögen!“

„An welcher Sache denn?“ forschte Shakespeare bänglich.

„Wie soll ich das wissen? Glaubt Ihr, die Königin habe sich so weit herabgelassen, mir's zu sagen? Verzeiht, daß ich Euch diesmal einen so schlechten Dienst erweise, aber was kann unser Einer gegen den Willen einer Königin? Thut mir wenigstens den Gefallen und zeigt keine Angst, denn damit macht Ihr die Majestät nur mißtrauisch. Faßt sie indeß erst eine leidliche Meinung von Euch, mögt Ihr noch gut genug davon kommen. Doch still, wir sind zur Stelle!“

Damit hatten sie die Ufertreppe erreicht, wo sechs Bootsknechte mit einer Miethsbarke hielten, in deren Mitte Hamid's schwarzer Wollenkopf sichtbar wurde. Wallingfort bedeutete Shakespeare, einzusteigen, und folgte ihm. Beide nahmen neben dem Schwarzen Platz, der das Zeichen gab, abzustoßen. Das Ufer von Bankside wich, langsam zogen sie, den sich hakenförmig gen Süden wendenden Fluß schneidend, nun am gegenüberliegenden Ufer hin, dem Strand vorüber, und legten bei Whitehall an. Hamid erhob sich, machte Shakespeare und Wallingfort eine einladende Geberde und schritt ihnen vorauf durch etliche Nebengehöfte, führte sie in ein düsteres gothisches Haus und über etliche Gallerien, bis er sie in einem reich verzierten, mit Tapeten behangenen Gemache warten ließ. Shakespeare indeß hatte kaum Zeit, im Kaminspiegel seine wenig höfische Toilette zu mustern, als Hamid wieder erschien, Wallingfort einen Stuhl bot und dann Shakespeare am Arm faßte, ihn hinaus über einen kleinen Gang zu einer zweiten Thür führte, die mit dichten Vorhängen verschlossen war.

„Du hast ihr einmal schon in's Herz getroffen, möchte es doch zum andernmal gelingen!“ dachte William, und rüstete sich mit all' dem Muthe eines redlichen Mannes, der sich zugleich der Gabe bewußt ist, seine Sache gut vertheidigen zu können.

Indem tönte auch schon das silberne Pfeifchen, Hamid schob ihn durch die rasch geöffneten Vorhänge der Thür und — der Schauspieler stand vor der Königin.

(Fortsetzung folgt.)

daß der Minister schon vor Jahren diese neue Verfassungs-Auslegung im Auge gehabt habe, als er davor warnte, die Regierung nicht zu etwas zu veranlassen, „was nicht in der Verfassung steht". Er hätte noch weiter gehen und diese selbe tiefliegende Absicht schon voraussetzen können bei der bekannten, jahrelang festgehaltenen Eisenbahn-Politik des Hrn. v. d. Heydt als Handelsministers, welche bekanntlich darauf abzielte, dem Staate allmälig ein wahrhaft ungeheures Capital im Besitze sämmtlicher Eisenbahnen zu sichern. Dieses Unternehmen ist jetzt aufgegeben, aber die Millionen, welche ohnehin in Staatseisenbahnen, Berg- und Hüttenwerken, Domainen nach der stumm eingestandenen Ansicht des Finanzministers zur vollen Verfügung der Regierung stehen sollen, werden auch den Friedliebendsten, auch den herzlichsten Gottlob!-Stöhner stutzig machen. Mit nur sieben Stimmen ist der Antrag Lasker zum Beschlusse erhoben worden, aber dies schwache Majoritätsverhältniß gründet sich einmal auf das Mißverhältniß der auf beiden Seiten des Hauses Beurlaubten und Fehlenden, es hat ferner eine trotzdem ganz scharf ausgeprägte Physiognomie, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die ganze „nationale" Fraction — die in anderen wichtigen Budgetfragen, z. B. dem Antrage Vaerst, gegen den Twesten Opposition anmeldete, sich Freiheit des Einzelnen vorbehalten zu haben scheint — hier einstimmig gegen das Ministerium auftrat, daß selbst unter den Altliberalen Simson, Haym u. A. sich von ihren Genossen trennten, daß endlich die Rechte zwar für das Ministerium stimmte, aber mit keinem Worte sich für die über den gegenwärtigen Streitfall hinausgreifende principielle Ansicht des Ministers engagirte. Und wenn man mit Recht das Abgeordnetenhaus vorwärts drängt und fort von dem Mäkeln und Häkeln, das die traurige Pflichterfüllung der letzten Jahre überwuchern ließ, so wird man mit größerem Rechte hier die Regierung vorwärts drängen mögen und fort von dem Wege des Mißtrauens und der Vorbehalte, auf den sie in vergangenen Zeiten durch die Consequenz ihrer Stellung gewiesen war. Welchen Eindruck soll die heutige Erklärung des Finanzministers machen in jenen neuen Provinzen, welche gerade in Bezug auf die Behandlung des Staatseigenthums so tiefschneidend schmerzliche Erfahrungen in den letzten dreißig Jahren gemacht haben, Hannover mit seiner Domainen-Ausscheidung, Kurhessen mit der Rotenburger Quart, Nassau mit fast allem und jedem öffentlichen Eigenthume!

[Geschworenen-Gerichte für politische Vergehen.] Die Abgg. Hoppe und Genossen haben beim Abgeordnetenhause folgenden Antrag gestellt: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, dem nachfolgenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu ertheilen: Gesetz, betreffend die Competenz der Schwurgerichte bei politischen Verbrechen und Vergehen und bei Preßvergehen. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc., verordnen mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages was folgt:

§ 1. Bei allen politischen Verbrechen und Vergehen, insbesondere bei den in den §§ 36, 39, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 84, 85, 86, 87, 91, Al. 2, 93, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 135 des Strafgesetzbuches mit Strafe bedrohten und bei allen Preßvergehen erfolgt die Entscheidung über die Schuld der Angeklagten durch Geschworene.

§ 2. Die Gesetze: a) betreffend die Abänderung der Artikel 94 und 95 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850, vom 21. Mai 1852; b) betreffend die Competenz des Kammergerichts zur Untersuchung und Entscheidung wegen der Staatsverbrechen und das dabei zu beobachtende Verfahren, vom 25. April 1853; c) betreffend die Competenz der Gerichte zur Untersuchung und Entscheidung der politischen und mittelst der Presse verübten Vergehen, vom 6. März 1854; werden aufgehoben.

Motive. Durch die Gesetzgebung der Jahre 1848 bis 1850 wurde die Entscheidung über die Schuld der Angeklagten bei politischen Verbrechen und Vergehen, sowie bei Preßvergehen den Geschworenen übergeben. Es entsprach dies der Proclamation Friedrich Wilhelm IV. „An mein Volk und an die deutsche Nation" vom 21. März 1848, worin die Einführung der öffentlichen und mündlichen Rechtspflege, in Strafsachen gestützt auf Geschworenen-Gerichte, für eine der Grundbedingungen der Herstellung innerer Einheit erklärt wird. Gesetze der Jahre 1852 bis 1854 haben in Abänderung der Verfassungs-Urkunde jene Befugnisse den Geschworenen entzogen. Die politischen und Preßprocesse der letzten Jahre lassen die Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes als eine gebieterische Nothwendigkeit erscheinen.

[Das Wahlgesetz für den Reichstag] des norddeutschen Bundes, welches unterm 15. October d. J. von Sr. Majestät dem Könige vollzogen und durch die preußische Gesetzsammlung veröffentlicht worden, ist durch eine besondere allerhöchste Verordnung nunmehr auch in den neuerworbenen Landestheilen eingeführt worden. Die preußische Regierung wird die Vorbereitungen zu den Wahlen nach allen Richtungen so entschieden fördern, daß mit der Ausführung der Wahlen am Anfange Februars vorgegangen werden kann. Eine entsprechende Aufforderung dürfte auch an die übrigen Regierungen des norddeutschen Bundes gleichzeitig mit der Aufforderung zu den vorgängigen Berathungen erfolgen. (Prov.-Corr.)

[Ueber die ihrem Inhalte nach im Allgemeinen schon bekannte Depesche], welche Hr. v. Beust am 8. November an den österreichischen Gesandten in Berlin gerichtet, geht der „B.- u. H.-Z." aus guter Quelle folgende ausführliche Analyse zu, die den Inhalt eigentlich vollständig und, wie es scheint, fast wortgetreu wiedergiebt. — Die Depesche knüpft an die Vereinbarung des Art. 13 des Prager Friedens an, wonach sobald als möglich über die künftigen handelspolitischen Beziehungen Verhandlungen eröffnet werden sollen, und sie weist den kaiserlichen Gesandten an, da es für beide Theile nicht erwünscht sein könne, die Ungewißheit zu verlängern, welche die sechsmonatliche Kündigungsfrist des einstweilen in Geltung erhaltenen Zoll- und Handelsvertrages für den Verkehr geschaffen, diese wichtige Frage demnächst zur Sprache zu bringen und in Erfahrung ziehen zu suchen, ob und wie bald die preußische Regierung ihrerseits der gedachten Friedensbestimmung Folge zu geben geneigt sei. Wie der erst jüngst von allerhöchster Stelle dem Gesandten gegenüber ausgesprochene Wunsch der Wiederherstellung freundlicher Beziehungen auf dem handelspolitischen Felde am leichtesten und zugleich in einer am schnellsten in das Volksbewußtsein dringenden Weise seiner Erfüllung zuzuführen, so zweifle man hier um so weniger an der Geneigtheit Preußens, auch seinerseits dazu bereitwillig die Hand zu bieten, als man zu wissen glaube, daß auch jenseits in den betheiligten Kreisen der Wunsch einer baldigen Inangriffnahme der betreffenden Verhandlungen sich lebhaft kundgebe. Der Rückäußerung des Gesandten sehe die kaiserliche Regierung mit großem Interesse entgegen.

△▽ **Von der Eider,** 20. November. [Todtschlag aus politischen Gründen. — Verschiedenes.] Am Sonnabend ist in Folge politischer Differenzen in einer Bierwirthschaft Altona's ein Todtschlag verübt worden. Der Erschlagene ist ein Photograph aus Magdeburg, der Todtschläger ein ehemaliger österreichischer Offizier. — Vom Januar nächsten Jahres an wird das Stempelpapier nicht mehr das schleswig-holsteinische Wappen, sondern den preußischen Adler führen. — Die Abreise der nord-schleswigschen Deputation gegen die Theilung Schleswigs nach Berlin ist bis weiter verschoben worden. — Nach dem „Kieler Wochenblatt" verließen vor einigen Tagen eine Anzahl Marine-Reserven, deren Dienstzeit eigentlich erst im Januar 1867 beendigt gewesen wäre, die Stadt Kiel, nachdem sie wegen der Einführung des neuen Bekleidungs-Reglements schon jetzt entlassen waren. — Auch die sonst nach einem besonderen Abkommen von der ordentlichen Einquartierungslast befreiten west-holsteinischen Landschaften Norder- und Süderdithmarschen werden jetzt Einquartierung erhalten.

Hannover, 20. Nov. [Finanzielles.] Der „Hann. C." berichtet: Als am Donnerstag die Beamten des Finanzministeriums, an ihrer Spitze der Geh. Finanzrath v. Seebach, in den Geschäftsräumen der königlichen Kronkasse erschienen und auf Grund der Verfügung des Gouvernements die Uebergabe der Kronkasse an das Finanzdepartement verlangten, erhob namens der Kronkasse der Finanzrath Flügge Protest gegen die Uebergabe und überreichte den Protest auch schriftlich dem Director des Finanzdepartements. Der zugezogene Notar Wölffer nahm über den Vorgang ein Protocoll auf. Der Protest macht materiell geltend, daß die Vereinigung der Kronkasse mit der Landeskasse dem Rechte des Königs Georg widerstreite, formell, daß, da die Kronkasse durch königliche Verordnung mit der Verwaltung der ausgeschiedenen Domainen und des Lehns-Allodificationsfonds beauftragt sei, es zur Entziehung dieses Mandats auch wieder einer kgl. Verordnung bedürfe, eine einfache Verfügung des Gouvernements dazu nicht ausreiche. — Die Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem König Georg in Betreff der Auseinandersetzung über das Vermögen des königlichen Hauses sind jetzt, dem Vernehmen nach, bis zu dem Punkte gediehen, daß eine Commission zur Regelung dieser Angelegenheit niedergesetzt werden kann. Wie wir hören, wird hannoverischerseits Staatsminister a. D. Windhorst an der Commission Theil nehmen; ob auch Staatsminister a. D. Erxleben, wie hie und da behauptet wird, müssen wir dahingestellt sein lassen. Von dem letztgenannten Staatsmanne wird in den nächsten Tagen eine wichtige, Finanzfragen behandelnde Broschüre erscheinen.

Köln, 20. Novbr. [Steckbrief.] Der Oberprocurator hat folgenden Steckbrief erlassen: Der bei dem hiesigen königl. Landgerichte wegen Fälschung und Betrugs zur Untersuchung gezogene vormalige königliche Kammerherr Reinhold Emil Hans von Pfuel hat seinen bisherigen Wohnort Brüssel verlassen und ist sein gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt. Indem ich das Signalement dieses gefährlichen Betrügers, der unter dem Namen eines Grafen Emmo von Schaffgotsch und Grafen Hans von Königsmark die ihm zur Last gelegten Betrügereien verübte, nachstehend mittheile, ersuche ich sämmtliche Polizeibehörden, auf denselben zu wachen, ihn im Betretungsfalle zu verhaften und mir vorführen zu lassen. Signalement: Alter ungefähr 40 Jahre, Größe 1 Metre 70 C., Haare hellbraun, Stirn hoch, Augen graublau, Nase grade, Mund mittel, Kinn rund, Gesicht breit, Gesichtsfarbe braun, Bart voll, besonderes Kennzeichen: eine starke Narbe rechts über Lippe und Kinn.

Wiesbaden, 18. Novbr. [In Biberich] am Rhein, wo die Herzogin von Nassau residirt, um ihre bevorstehende Entbindung abzuwarten, ist der an das Schloß anstoßende große Park, der bisher seit unvordenklichen Zeiten stets dem Publikum offen stand, geschlossen, und gleichzeitg ist begonnen worden, die bisher durch eiserne Gitter geschlossenen Durchsichten in der Einfassungsmauer zuzumauern und die Mauer selbst um mehrere Fuß zu erhöhen, wodurch jeder Einblick in den Garten unmöglich gemacht, auch der gewöhnliche Personenverkehr zu einem großen Umwege genöthigt wird. Der Park ist ein Bestandtheil der Staats-Domänen. Auf Beschwerde der Einwohner von Biberich ist den begonnenen Bauten von der königl. Regierung Einhalt geboten worden, weil keine Concession dazu erwirkt und weil außerdem über das Dominial-Vermögen noch nicht verfügt sei und daher an dessen Bestand nichts geändert werden dürfe. (Köln. Ztg.)

Wiesbaden, 19. Nov. [Die die Erhaltung des Spiels betreffende, in Umlauf gesetzte Petition] an die königl. Regierung hat bis heute 49 Unterschriften, darunter 28 Personen, welche direct vom Spiel leben, 14 von solchen, welche Actien der Spielgesellschaft besitzen, und endlich 7 solcher Personen, welchen die Spielgesellschaft seither auf indirectem Wege pecuniäre Vortheile zufließen ließ. Das ist von 26,000 Einwohnern, welche die Stadt Wiesbaden zählt, die Zahl Derjenigen, die bis jetzt ihre Namen dazu hergegeben haben, das Hazardspiel der Stadt für die Zukunft zu erhalten; auch bei noch größeren Anstrengungen und Manipulationen werden es die Colporteure der Petition nur zu einer verhältnißmäßig ganz kleinen Zahl Unterschriften bringen. (Fr. J.)

Frankfurt a. M., 20. Nov. [Tagesbericht.] Die Universitätsfrage ist jetzt in eine Akademiefrage umgewandelt. Wenn ich den Vorschlag recht verstehe, hat man die Gründung einer „Deutschen Akademie" im Sinne etwa nach dem Muster der Französischen. Es würden dazu eine Reihe bedeutender Gelehrten berufen, und eine andere Reihe als Ehren- und correspondirende Mitglieder ernannt. Die Vorlesungen würden dann, wenigstens für einen Cursus, für die deutschen Studenten obligatorisch. Zu den dazu nöthigen Mitteln sollen alle deutschen Provinzen ihren Beitrag liefern. (?) Frankfurt aber, innerhalb dessen Mauern die deutsche Akademie ihren Sitz hat, hätte den größten Theil der Mittel aufzubringen. — Ein eigenthümlicher Fall in Bezug auf die Militärpflicht liegt hier vor. Der Sohn eines hiesigen Kaufmanns ist in der letzten Stunde des Jahres 1844 geboren, die Eltern haben ihn aber als geboren am ersten Tag des Jahres 1845 einschreiben lassen. Hierdurch wäre er jetzt militärpflichtig, während er, wenn der factische Moment der Geburt entscheidet, frei wäre. — Der königl. Civilcommissar v. Madai hat sich gestern Abend nach Berlin begeben. (N. Pr. Z.)

Frankfurt, 20. Novbr. [Beiträge zur Geschichte der Einverleibung.] Die amtlichen Mittheilungen veröffentlichen jetzt die Protocolle über die letzten Sitzungen der gesetzgebenden Versammlungen, aus denen ein paar bemerkenswerthe Actenstücke nachträglich der Anführung werth sind. Am 17. Juni zeigte der Senat den beiden anderen Senatsbehörden ihre gemeinsame Auflösung durch den General Vogel v. Falckenstein in einem längeren Schreiben an, welches zugleich die Mittheilung enthält, daß der General die Senatoren Bürgermeister Fellner und Dr. Müller aufgefordert habe, „das Ministerium der Vermittelung zwischen ihm und der Stadt Frankfurt zu übernehmen". Im Anschluß hieran heißt es: „Der Senat, nachdem er von diesem Vorgange Kenntniß erhalten, hat die beiden Herren aus seiner Mitte ersucht, das angesonnene Amt im Interesse des Gemeinwesens zu übernehmen, und es ist ihm gelungen, lebhaftes Bedenken und Widerstreben endlich zu beseitigen. Der Senat vertröstet sich, daß der trüben Zeit eine bessere, glücklichere folgen werde, und schließt in diesem Vertrauen zeitweise seine Thätigkeit mit der gegenwärtigen Mittheilung." Interessant wegen seiner soldatischen Kürze und Bestimmtheit ist der Brief des Generals v. Manteuffel vom 20. Juli, in welchem von der Stadt 25 Millionen Contribution gefordert werden; der Brief lautet wörtlich: „Euer Hochwohlgeboren werden hierdurch aufgefordert, zu veranlassen, daß eine Kriegs-Contribution von fünfundzwanzig Millionen Gulden binnen 24 Stunden an die Feld-Kriegskasse der Main-Armee hier eingezahlt wird. Der Oberbefehlshaber der Main-Armee. (Gez.) v. Manteuffel." Bekanntlich lehnte die gesetzgebende Versammlung am 23. Juli diese Forderung ab und wurde am 27. Juli abermals zu einer Sitzung ad hoc zusammenberufen, in der ein Senatsvertrag zur Kenntniß der Versammlung gebracht wurde, dem wir nachstehende Stelle entnehmen: „Wenn eine Hoffnung besteht — und sie besteht — daß an der auferlegten Kriegscontribution frühere Leistungen in Abzug gebracht werden dürfen; wenn andererseits eine Gefahr besteht — und sie besteht — daß Maßregeln in Aussicht stehen, durch welche, anderer vorerst nicht zu gedenken, unser gesammtes Verkehrsleben vollkommen gehemmt werden würde; wenn endlich gehofft werden darf, daß bezeigter guter Wille bei weiteren Verhandlungen noch seine guten Früchte tragen werde — so wird die empfohlene Sache bei der gesetzgebenden Versammlung voraussichtlich entgegenkommende Aufnahme finden." Sodann heißt es weiter: „Commissarien zu weiterer Auskunft werden andurch, und zwar mit der Ueberzeugung angeboten, daß die Mittheilungen derselben die gesetzgebende Versammlung zu Entschließungen veranlassen werden, durch welche der Friede mit seinen Segnungen nicht blos für unser Gemeinwesen herbeigeführt, vielleicht auch für das Gesammtvaterland gefördert werden kann." Bemerkenswerth dürfte aus den amtlichen Mittheilungen noch sein, daß die gesetzgebende Versammlung einen Protest gegen ihre Auflösung ernstlich eigentlich nicht in's Auge gefaßt hat. Erst in der Sitzung vom 23. August wurde von Herrn Rütten als Zusatz zu einem anderen Antrage beschlossen: „Die gesetzgebende Versammlung wolle die Frage: ob Verwahrung hinsichtlich der Aufhebung der Selbstständigkeit der Stadt und der ihr gemachten Auflagen einzulegen sei, ebenfalls an eine Commission verweisen." In der Sitzung vom 31. August wurde sodann ein weiterer Protest zur Berathung an eine Commission verwiesen, über deren Anträge jedoch die Beschlußfassung in der letzten Sitzung vom 10. September vertagt, d. h. mit anderen Worten, in den griechischen Kalender geschrieben wurde.

München, 17. Nov. [Brand in Kissingen.] Das von dem letzten Kriege schon so schwer betroffene Kissingen ist am 16. d. M. von einem bedeutenden Brandunglück heimgesucht worden. Nur den vereinigten Anstrengungen sämmtlicher Spritzen der Stadt und der Um-

---

Theater.

Hackländers Lustspiel „Magnetische Curen", das im Beginn der 50er Jahre über alle deutschen Bühnen ging, verdient noch heute die Theilnahme des Publikums. Das Stück sieht im Ganzen wie ein loser Spaß, wie eine Schnurre aus, enthält aber in Tendenz wie Ausführung eine äußerst feine Ironie auf die Diplomatenwelt. Hackländer hat diese Welt in nächster Nähe zu beobachten vielfache Gelegenheit gehabt, und er geißelt ihre Lächerlichkeiten in einer eben so anmuthigen als gewandten Weise. Welche Ironie liegt nicht schon darin, daß er diesen schwachköpfigen Grafen Schönemark zum Minister des Auswärtigen ernennen läßt! Der Held des Stückes, „Ferdinand von Rahden", der ebenfalls einen hohen diplomatischen Posten erlangen will, erreicht sein Ziel mittelst der „magnetischen Curen", d. h. mittelst eines Hokuspokus, womit er eine ganze Gesellschaft an der Nase herumführt. Die Verwickelung ist mit großer Geschicklichkeit behandelt, und das Stück gewährt noch heute wie vor Jahren eine ganz angenehme Unterhaltung. Die Darstellung durch die Damen Frl. Größer, Frl. Stein, Frl. Meinhold und die Herren Pätsch, Beck, Richter, Meinhold, Hintze war in den Einzelleistungen durchweg befriedigend, wogegen sich im Ensemble manche Stockung bemerkbar machte. Die Vorstellung wurde recht beifällig aufgenommen.

Am nächsten Sonnabend wird zum Benefiz für Herrn Meinhold die erste Possen-Novität dieser Saison gegeben. „Der Postillon von Müncheberg", Posse mit Gesang und Tanz, hat überall vielen Beifall gefunden und darf diesmal um so mehr darauf zählen, als die Hauptrollen mit Frl. Neufeld und den Herren Meinhold und Baade besetzt sind. Rechnen wir hierzu die allgemeine und sehr wohl verdiente Beliebtheit des Benefiziaten, so darf wohl die Hoffnung gerechtfertigt erscheinen, den Saal am nächsten Sonnabend in allen Räumen gefüllt zu sehen. M. K.

Marienwerder, 11. Nov. [Meding.] Es wird Ihnen vielleicht interessant sein, von hier aus Näheres über die Person des Geh. Regierungsraths Meding, Secretair des Exkönigs von Hannover, zu hören. Derselbe ist nämlich der Sohn eines früheren Beamten von höherem Range im hiesigen Departement und studirte Anfangs in Königsberg, später in Heidelberg. Dort gehörte er zur freisinnigen Burschenschaft; auf der süddeutschen Universität trat er in das aristokratische Corps der Saxo-Borussen und wählte zum Motto: „Ich bin ein Knecht meines Landesherrn". Zu einem solchen aber hat er sich nun doch einen anderen, als seinen angestammten Herrn erkoren und zur Gemahlin die außereheliche Tochter oder Enkelin einer Maitresse des Exkönigs Jerome von Westfalen. Stolz auf diese Verschwägerung mit napoleonischem Geschlecht, scheint er jetzt die „Rothe-Hosen-Politik" umfaßt zu haben. — Aus solchen Elementen besteht die Umgebung der „kleinen Fürsten" — wie Walther von der Vogelweide in seinem Zorne die Gegner der Hohenstaufen schalt. (Bromb. Ztg.)

[Eine alte Judencolonie.] Ein amerikanischer Missionär schreibt aus China, daß die berühmte alte Judencolonie in Kai-fung-fee, der früheren Hauptstadt des himmlischen Reiches, zerstreut und ihre Synagoge zerstört ist. Er besuchte den Ort und fand an der Stelle der Synagoge einen Stein vor. Auf der einen Seite desselben stand eine Inschrift mit dem Datum der Erbauung der Synagoge, unter der Regierung der Sung-Dynastie, im Jahre 1163. Die erste Ankunft der Juden in China führt die Inschrift auf die Dynastie Hon, 200 nach Chr., zurück. Die andere Seite erwähnte den Wiederaufbau unter der Dynastie Ming vor ungefähr 300 Jahren. Er entdeckte einige Abkömmlinge der Colonie und hörte, daß sie jetzt etwa 300 Seelen zählen. Nach ihrer Erklärung hätten sie das Baumaterial ihrer Synagoge verkaufen müssen, um sich die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu kaufen. Sie besitzen einige Abschriften jüdischer Werke und eine Gesetzrolle, verstehen aber die hebräische Sprache nicht. Der Missionär sah den Sohn des letzten Rabbi, mit dessen Tode die Kenntniß der heiligen Sprache verloren ging. Die Personen, welche diesem interessanten Ueberreste angehörten, waren nicht im Stande, den Stammbaum ihres Stammes zu verfolgen.

X. [Zu der in Nr. 530 d. Z. erzählten Fischschweiß-Geschichte] in einem akademischen Vortrage diene hier folgende Erzählung als Seitenstück in humoristischem Sinne. Schiller galt schon als Student als Autorität bei seinen Commilitonen in ihren dichterischen Ausflüssen. Darunter war auch einer, der das Zeug zu haben glaubte, gleich Schiller zu dichten. Trotzdem ihm dieser stets sagte, sein Machwerk sei nichts werth, wollte er es ihm doch nicht glauben und versuchte sich immer wieder in neuen Ergüssen seiner Poesie. Einst besuchte ihn Schiller und fand den Sohn der lieblichen Muse vor seinem Schreibpulte — schlafend. Er trat näher und sah wie dieser ein Blatt vor sich hatte, auf welchem die zwei Zeilen geschrieben waren:

„Die Sonne wirft ihre Strahlenspitzen,
Bis auf des Meeres tiefsten Grund",

weiter war er nicht gekommen, denn die Mühe des Reimens hatte ihm in Folge des heißen Sommertages dicke Schweißtropfen ausgepreßt, bis er zuletzt gar einschlief. — Schiller besann sich nicht lange, sondern fügte noch schnell folgende zwei Zeilen hinzu:

„Die Fische fangen an zu schwitzen,
O, Sonne! treib' es nicht zu bunt"

und entfernte sich unbemerkt, wie er gekommen war. — Nach seinem Erwachen soll der Musensohn für immer von seiner Leidenschaft befreit worden sein. —

[Nepomuk Vogl †.] Am 16. d. M. verschied einer der bekanntesten und productivsten österreichischen Dichter, Johann Nepomuk Vogl, geb. 1802, in Folge einer Lungenlähmung.

** [Die Förderung der Kunstindustrie in England und der Stand dieser Frage in Deutschland.] Von Hermann Schwabe. Berlin, Guttentag 1866. In Folge einer von der Frau Kronprinzessin an den Tag gelegten Absicht, ein Kunstindustrie-Institut in Berlin zu errichten, erhielt der Verfasser im vorigen Jahre den Auftrag, die Bedürfnißfrage eines solchen Instituts zu erörtern. In Folge dessen ist die oben benannte Schrift entstanden, welche sehr wohl geeignet ist, das Interesse derer, welche mit dem Gegenstande vertraut sind, auf sich zu lenken und diejenigen zu orientiren, welchen die Angelegenheit bisher fremd geblieben ist. Die Engländer machten bei Gelegenheit der ersten Londoner Industrie-Ausstellung vom Jahre 1851 die Erfahrung, daß auf denjenigen Gebieten, die von der Kunst, dem Geschmack und der Phantasie beherrscht werden, ihre eigenen Leistungen durch die anderer Nationen ganz bedeutend in den Schatten gestellt waren. Mit der ihnen eigenen Energie suchten sie diesem Mangel abzuhelfen und schufen eine Reihe von Einrichtungen, die in dem berühmten Kensington-Museum culminirten. Das Wesen und der Geschäftskreis des Departements für Wissenschaft und Kunst, die ihm zur Förderung der Kunstindustrie zu Gebote stehenden Mittel werden anschaulich geschildert, von den Sammlungen des Kensington-Museums eine fesselnde Uebersicht gegeben. Daran knüpft sich der Nachweis von der Nothwendigkeit der Kunstindustrie-Förderung in Preußen. Wir können dem, was der Verfasser über die industrielle und sittliche Bedeutung einer Kunstindustrieschule sagt, nur beistimmen. Zeichnen vor allen Dingen muß der Handwerker lernen, nicht geleckt und elegant, aber schnell, sicher, phantasievoll, so daß er jede ihm gebotene Andeutung sofort anschaulich zu Papier bringen kann. Das fördert ihn mehr, als die homöopathischen Dosen von Wissenschaft, die ihm in einstündigen Vorträgen geboten werden. An die zu errichtende Kunstindustrieschule in Berlin müssen sich Filialen in den Hauptindustriestädten der Provinzen schließen. Da für Breslau die Errichtung einer Kunst-Akademie in das Auge gefaßt ist, wäre es wünschenswerth, dieselbe mit einer Kunst-Industrieschule zu verbinden.

gegend gelang es, dem verheerenden Elemente Einhalt zu thun, nachdem mehrere Häuser und sehr beträchtliche Vorräthe von Malz, Hopfen 2c. zerstört waren. (A. A. Z.)

München, 19. Nov. [Aufschub.] Dem „N. C." wird von hier geschrieben: Die auf übermorgen bestimmt gewesene Abreise des Prinzen und der Frau Prinzessin Adalbert nach Madrid ist, wie es scheint, in Folge der beunruhigenden Nachrichten von dort, aufgeschoben worden.

Stuttgart, 19. November. [Die Sache des Professor Dr. Pauli in Tübingen] soll, wie mir soeben glaubwürdig mitgetheilt wird, an ihrer Entscheidung angelangt sein. Hiernach habe gestern eine außerordentliche Sitzung des königl. Geheimen Raths stattgefunden, dem sämmtliche Minister beiwohnten und wobei der Beschluß des akademischen Senats zu Tübingen Gegenstand der Berathung gewesen. Der Antrag des königl. Geheimen Raths gehe auf Entlassung des Professors Pauli auf Grund des § 47 der Verfassung, welcher von der moralischen Unbrauchbarkeit Angestellter handelt. Die Sache liegt jetzt dem Könige selbst zur Entscheidung vor und wird daher das wirkliche Ergebniß derselben vielleicht schon morgen im „Staatsanzeiger" zu lesen sein (in welchem Falle es Ihnen telegraphisch mitgetheilt werden wird). (H. N.)

Oesterreich.

*** **Wien**, 20. November. [Die Landtage. — Die Stimmung in Ungarn. — Haltung der Deakisten. — Stroßmayr.] Es ist ein köstlich bezeichnendes Wort für die Stimmung, mit welcher man wenigstens diesseits der Leitha der parlamentarischen Session entgegengeht — der Ausspruch eines geistreichen und einflußreichen Mannes: „wären die Preußen mit 20 Landtagen gesegnet gewesen, so hätten wir kein Königgrätz zu beklagen". Der Spektakel auf den Landtagen gemischter Nationalität in Prag, Brünn, Laibach wird natürlich eben so wenig auf sich warten lassen, als die italienisirenden Demonstrationen in Parenzo, Görz und Triest, während sie in Insbruck nur deshalb ausblieben, weil Wälschtirol den Landtag überhaupt nicht beschickt. In Zara werden die Italiener über die Adria hin gravitiren, während die Slaven von einer Vereinigung mit dem „dreieinigen Königreiche" träumen, natürlich nur um Agram zum Centrum eines neuen serbischen Reiches zu machen. In Agram selber sollen die Verhandlungen sich um das Referat der Deputation drehen, welche in Pest mit dem bezüglichen Ausschusse des ungarischen Landtages über die Stellung beider Länder zu einander Verabredungen treffen sollte: diese Deputation aber kehrt völlig unverrichteter Sache heim, da die Ansichten sich schroff entgegenstanden. In Lemberg endlich, wo Graf Goluchowski mit entsetzlicher Energie die Polonisirungsarbeit betreibt, so daß täglich deutsche und ruthenische Beamte und Professoren weggejagt werden, verließen die Ruthenen gleich gestern den Landtagssaal in corpore, da ihnen die reglementsmäßige Verlesung des Eröffnungsrescriptes auch in ihrer Sprache verweigert ward. — Indessen die Hauptsache ist Ungarn! Bezüglich dieses Landes nun kann ich vor der Hand mit gutem Gewissen nur so viel sagen: daß die Regierung in dem Eröffnungsrescripte den Magyaren Alles geboten hat, was nur irgend mit dem Bestande der Monarchie verträglich ist; daß die Deakisten dies anzuerkennen und demgemäß zu handeln geneigt sind; daß aber auch die Gleichgiltigkeit, ja die Feindseligkeit, mit welcher das Document bei der Verlesung im Unterhause aufgenommen ward, klar gezeigt, eine wie schwere Aufgabe es für Deak sein wird, den Landtag für seine Ansicht zu gewinnen, und wie er diese Aufgabe jedenfalls nur wird durchführen können, wenn ihn die Regierung darin auf ganz andere und nachdrücklichere Weise unterstützt, als das von den Herren v. Majlath, Sennyey und Belcredi zu erwarten steht. Da heißt es also abwarten und eben so wenig übertriebenen Alarmnachrichten als voreiligem Optimismus Raum geben. Daß die Krone nichts mehr thun kann, als das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten auf die Staatsschuld, die Armee mit Einschluß der Recrutirung und Dienstpflicht, die indirecten Steuern, Zölle und Monopole zu beschränken, ist wohl jedem logisch organisirten Kopfe klar. Man sollte daher meinen, es wäre da nicht mehr viel zu reden, indem ja — gleich nach Zustimmung des Landtages zu diesen drei Punkten — das ungarische Ministerium eingesetzt und jede weitere Abänderung der 48er Artikel nur durch dasselbe bewirkt werden soll. Majlath ist denn auch in Pest, um den Herren begreiflich zu machen, daß dies ein Ultimatum sei; nur darf man nicht vergessen, daß der Hofkanzler es nicht so eilig damit haben kann, den Landtag zur Nachgiebigkeit zu drängen, indem er so ziemlich sicher sein kann, daß seine Herrlichkeit zu Ende geht, wenn ein ungarisches Ministerium an's Ruder kommt. Er wie Belcredi wissen, daß sie beseitigt sind in dem Augenblicke, wo die Krone sich mit Ungarn verständigt und nun eine Gesammtvertretung der Erblande berufen werden muß. Beust ist der Einzige, der auf den Abschluß der Verhandlungen dringt und Deak zu verstehen gegeben hat, daß — wenn bis Neujahr nicht eine Antwort in Wien sei — die Discussion mit Ungarn von hier aus abgebrochen werden müsse. Auch hat Deak, der immer noch Herr der Situation drüben ist, sich bereit erklärt, Verschleppungsversuche der Linken rücksichtslos hintanzuhalten — wenn das Rescript seiner eigenen Politik entspreche. — Nach einem Privatbriefe, den ich erhalten, scheint nun das Letztere allerdings Deak persönlich zu befriedigen. Aber Alles das hebt den Mißstand nicht auf, daß erstens Deak sehr vorsichtig auftreten muß und daß zweitens die Verhandlungen — nachdem einmal Beust sich dazu hergegeben, in das Sistirungsministerium einzutreten — unter den unmittelbaren Auspicien zweier Männer geführt werden, denen ihr eigenstes Interesse gebietet, es zu keinem Abschlusse kommen zu lassen, damit sich ihnen noch eine unabsehbare Perspective auf ein jahrelanges Regiment unter dem Schirme des Septemberpatentes eröffnet. — Bei dem croatischen Bischofe von Diakovar, Stroßmayr, war neulich eine Untersuchung seiner Papiere, um die versteuerbaren Einkünfte dieses Prälaten festzustellen, da derselbe 50,000 Fl. für Gründung einer südslavischen Akademie hergegeben. Ist dies Einschreiten des Fiscus für unsere politisch-nationalen Zustände interessant (denn aus blos finanziellen Gründen wird in dem Concordatsstaate sicherlich kein Bischof incommodirt!), so ist es wohl bedeutsamer, daß niemals ein österreichischer Kirchenfürst für deutsch-nationale Zwecke auch nur ein Zehntel jener Summe hergeben würde!

Italien.

Florenz, 18. Novbr. [Zur Septemberconvention.] Man schreibt dem französischen „Moniteur" u. A., daß die Rückkehr des Königs nach Florenz auf den 21. d. M. festgesetzt ist und die Municipalität der Hauptstadt beschlossen hat, diese Rückkehr durch öffentliche Feste, welche gleichsam die Fortsetzung und Ergänzung derjenigen von Venedig sein werden, zu feiern.

Alle diese Festlichkeiten, heißt es weiter, haben für einige Zeit die Gemüther von den politischen Sorgen abgelenkt, allein die nahe Verfallzeit der September-Convention zieht nothgedrungen die allgemeine Aufmerksamkeit wieder an. Im Hinblicke darauf scheint die Actionspartei geneigt, irgend eine Agitation in's Werk zu setzen. Die demokratische Gesellschaft hatte für den 15. eine Volksversammlung angesagt, allein die Regierung ließ die Urheber dieser Demonstration durch die Quästur auffordern, von derselben abzustehen. Außerdem schienen einige kleine Schaaren entlassener Garibaldianer sich an der Römischen Grenze versammeln zu wollen. Ein aufmerksames und maßvolles Einschreiten der Ortsbehörden reichte hin, um dieselben zum Auseinandergehen zu veranlassen. Die Regierung ist fest entschlossen, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu halten und jedes dem Programme der Convention zuwiderlaufende Unternehmen niederzuschlagen. Sie wird darin von der allgemeinen Zustimmung des Landes unterstützt, und die Zahl der exaltirten Geister, welche immer noch die Verlegung der Hauptstadt nach Rom als eine nothwendige Ergänzung des nationalen Einheitswerkes ansehen, ist zu gering, um zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß zu geben. Darum finden auch die sehr verbreiteten Gerüchte, denen zufolge der Papst wirklich Rom zu verlassen gedächte, hier nur sehr geringen Glauben, und unter allen Umständen hat Jedermann das Gefühl und das Bewußtsein, daß wenn Se. Heiligkeit einen solchen Entschluß ergreifen sollte, er durch keinerlei Angriffe auf die freie Ausübung seiner geistlichen Gewalt dazu genöthigt würde.

[Finanzielles.] Scialoja hat, wie man der „Köln. Ztg." schreibt, mit den der Kirchenkasse gehörenden Renten eine Operation vorgenommen, die ihm viele Vorwürfe zuzieht, weil die Börsen, namentlich die Pariser, dadurch in eine noch mißtrauischere Stimmung gegen die italienische Regierung versetzt wurden. Er hat nämlich eine erhebliche Anzahl jener Rentenscheine, etwa vierzig Millionen Capital präsentirend, in solche auf den Inhaber umwandeln lassen und diese neuen von 1866 datirten Stücke auf den Markt gebracht. Es war dies eine unter dem Schutze der pleni poteri vollzogene Anleihe bei der Kirchenkasse, die in der Nothwendigkeit der Einlösung der Schatzbons ihre Rechtfertigung haben mag, aber weil die Sache geheim gehalten worden, kam das Börsenpublikum auf den Verdacht, daß eine geheime Emission neuer Rente erfolgt sei.

[Die Instruction des Processes Persano] dauert fort; wahrscheinlich wird der Senat nicht den Wortlaut der bestehenden Gesetze in seiner Strenge zur Anwendung bringen, sondern kraft seiner exceptionellen Machtvollkommenheit eine andere Strafe über den Admiral verhängen, die in der Ausschließung aus der Marine und dem Senate bestehen dürfte.

Venedig, 17. Nov. [Die Wahlbewegung] hat begonnen; auch zwei Priester bewerben sich um Deputirtenstellen. Die Wahlen versprechen dem Cabinet Ricasoli einen bedeutenden Zuwachs an Unterstützung. Unter den Venetianern, welche Aussicht haben, als Deputirte in's Parlament zu kommen, werden die Herren Fambris, früherer Redacteur der „Stampa", Dr. Berti, Advocat Diena und Ingenieur Romaco genannt.

Frankreich.

* **Paris**, 19. Nov. [Zur römischen Frage.] Der „Abend-Moniteur" legt dem Circularschreiben des Herrn v. Ricasoli über die römische Frage eine besondere Bedeutung bei. In einer Note, die er an der Spitze seiner Spalten bringt, macht er auf dasselbe aufmerksam.

„Wir veröffentlichen weiter unten ein Privat-Telegramm, welches bemerkenswerthe Auszüge aus dem wichtigen Circularschreiben mittheilt, welches der italienische Minister des Innern in der römischen Frage an die Präfecten des Königreiches gerichtet hat. Wenn man den Berichten aus Florenz Glauben schenken darf, so hat sich auch Ricasoli zu solchen Concessionen dem Papste gegenüber verstanden, daß man in Paris glaubt, mit dem Florentiner Cabinet in der römischen Frage Hand in Hand gehen zu können. Man hätte zwar hier gern gesehen, daß der General Menabrea den Baron Ricasoli ersetzt hätte; aber man giebt sich doch zufrieden, da Ricasoli, wie er in dem Rundschreiben bemerkt, dem Papste in Rom unter allen Umständen eine solche Stellung geben will, „daß seine Unabhängigkeit vollständig gesichert ist."

Die hiesigen clericalen Blätter sind mit dem Circular Ricasoli's nicht zufrieden. Sie meinen, daß dasselbe deutlich sage, Rom müsse Italien anheimfallen.

[Preußen und Rußland.] Der bereits gestern erwähnte Artikel der „Presse", welcher die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade erregt, verdient als Curiosität allerdings eine nähere Beachtung. Derselbe lautet:

In den politischen Kreisen von Berlin erwartet man die Rückkehr des Herrn v. Bismarck mit großer Ungeduld. Die Aerzte schreiben ihm Leibesübungen in der Luft vor, aber sie verbieten ihm jede geistige Arbeit. Es liegt also Gefahr vor, wenn der preußische Minister-Präsident sofort die unermeßliche Arbeit wieder aufnimmt, welche seine Kräfte erschöpft haben, und doch fühlt man in Berlin allgemein die Abwesenheit jener kühnen und sicheren Direction, welche Herr v. Bismarck der preußischen Politik zu geben wußte und welche die zahlreichen Fehler verhindert hätte, welche man seit seiner Abreise begangen hat. Herr v. Bismarck, über dessen kühne Offenheit die Herren v. d. Pfordten und v. Hodenberg Zeugniß abgelegt haben, machte aus seinen Absichten kein Geheimniß. Er proclamirte offen, daß die Eroberungen Preußens nur Dank der Toleranz Frankreichs möglich waren und daß sie nur in Folge seiner Zustimmung definitiv werden könnten. Frankreich mußte daher befriedigt werden, und er hatte deshalb keinen Augenblick gezögert, um Frankreich die Unterstützung Preußens für die Besetzung Belgiens anzubieten. Er hatte ein Manifest vorbereitet, um zu erklären, daß Belgien, welches ein revolutionärer Herd sei, zum Besten der conservativen Principien vernichtet werden müsse. Da Frankreich dieses gefährliche Geschenk abgelehnt hatte, so begriff Herr v. Bismarck, daß die Lage der Dinge gefährlicher würde. Es war ihm nicht gelungen, Frankreich zugleich mit Preußen zu compromittiren; man mußte aber nun verhindern, daß es feindlich auftrete. Er versäumte nichts, um die Arbeit in Gemeinschaft mit Frankreich zu beenden, aber er fügte hinzu: Wenn wir vollständig überzeugt sein werden, daß wir es mit Frankreich nicht ausführen können, so werden wir sehen, wie wir es gegen dessen Willen ausführen können. Eine Allianz vorbereiten, welche Frankreich Trotz bieten könnte, war also von Herrn v. Bismarck fest beschlossen; aber es war nothwendig, daß er einige Zeit gewann. Man muß nicht übersehen, daß Rußland zuerst den Vorgängen in Deutschland keineswegs sehr hold war und daß die Eröffnungen, welche Herr v. Manteuffel aus Petersburg mitbrachte, eine angenehme Ueberraschung für den preußischen Hof und Herrn v. Bismarck waren, der jedoch diese Unterhandlung nicht mit dem Geheimniß leiten konnte, die er für nothwendig hielt. Hierauf intervenirte aber ein anderes Element, dem man nach unseren Correspondenten in der Würdigung der preußischen Politik Rechnung tragen muß. Eine Annäherung an den russischen Hof war für den preußischen Herrscher nicht allein eine Frage der Politik, sondern auch eine Frage der Zuneigung. Man sagt mit Recht, daß die Familienbande zwischen Souverainen heute nicht sehr viel werth sind. Für die Familien von Preußen und Rußland muß man aber eine Ausnahme machen. Niemals waren die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon enger verbunden, als die Häuser Holstein-Oldenburg und Hohenzollern. Die Familienbündnisse dieser beiden Familien werden fortwährend unterhalten: sie bilden eigentlich nur Eine Familie; mit Einem Worte, sie lieben sich auf bürgerliche Weise. Der verstorbene König von Preußen hatte immer Gewissensbisse, daß er Rußland durch seine Feinde hatte niederschmettern lassen; diese Gefühle sind nicht weniger lebhaft bei seinem Nachfolger. Dazu kommt, daß die Souveraine von Rußland und Preußen von denselben Gefühlen gegen Polen beseelt sind. In Petersburg verzeiht man Polen nicht, daß es nicht russisch werden wollte, und in Berlin will man ihm nicht wohl, weil es sich nicht zum Deutschthum bekehren wollte. Unsere Correspondenten heben bei dieser Gelegenheit die religiösen Ideen des Königs Wilhelm hervor. Vor dem Kriege betete der König, damit ihn der Himmel beschütze.

Hier gelangt nun der Artikel auf das religiöse Gebiet, stellt den König dem Herrn v. Bismarck gegenüber und fährt dann fort:

Man wollte alle Schwierigkeiten hinwegräumen, die sich der Erfüllung eines von der Vorsehung gesegneten Werkes entgegenstellten. Herr v. Bismarck, am Ende seiner Kräfte angelangt, konnte gegen die Ideen des Königs nicht ankämpfen. Er entfernte sich, und sobald er den Faden der Unterhandlungen nicht mehr in der Hand hatte, waren seine Rathschläge vergessen. Daher kann man sich hierdurch die für Europa unerklärlichen Gerüchte von der Ungnade des Herrn v. Bismarck erklären. Die preußische Politik betrat fast offen eine Bahn, auf der sie sich im Geheimen hätte vorwagen sollen. Die ganze königliche Umgebung, die Aristokratie, alle die, welche mit dem Könige in Berührung kamen, sahen in der russischen Alliance die Befestigung der gemachten Eroberungen. Der König glaubt gern, daß die Weisheit und die Politik mit seinem Herzen im Einklange seien. Das Hinneigen zu Rußland war daher unwiderstehlich; die achtungsvollen Bemerkungen des Herrn v. Bismarck blieben ohne Erfolg, und, wie unsere Correspondenten melden, wurde man erst anderen Sinnes, als man sich den Schwierigkeiten gegenüber befand, welche die Annexionen bereiteten. Die Aufregung, welche die Gerüchte von einer russisch-preußischen Alliance in Europa erregten, blieb auch nicht ohne Eindruck. Von London kamen Rathschläge, die eine um so größere Wirkung hatten, als man mit dem englischen Cabinet sehr gut stand und auf dessen Zustimmung für die Ordnung gewisser Fragen zählte. Was aber, so fügen unsere Correspondenten hinzu, den meisten Eindruck machte, waren die Berichte, welche man über die Stimmung der französischen Nation erhielt. Es erschien nothwendig, das zu schroffe Auftreten der preußischen Politik zu ändern: man zog die Unterhandlungen mit Holland in die Länge; die Agenturen im Süden von Deutschland wurden aufgefordert, ihren Eifer zu mäßigen und sich ungestümer Manifestationen zu enthalten. Die Pacification der eroberten Provinzen, der Fortschritt im Innern wurden das Losungswort der preußischen Politik. Die Grenz-Beamten, welche Befehl hatten, sehr streng den österreichischen Behörden gegenüber aufzutreten, enthielten sich jetzt der Hervorrufung eines jeden Conflictes. So eifrig man sich bis dahin bewiesen hatte, eine schnelle Lösung herbeizuführen, eben so eifrig war man jetzt bemüht, dieselbe hinauszuschieben. Unsere Correspondenten constatiren diese Modification; ihnen zufolge ist dieselbe aber nur oberflächlich und im Grunde Alles beim Alten geblieben. Die Zeit des Handelns wird verhängnißvoll auf diejenige des Beobachtens folgen, in die man heute eingetreten zu sein scheint. Rußland rüstet, und während es recrutirt, liefert Nordamerika ihm die Gewehre. Unsere Correspondenten legen daher auch der Erklärung eines officiellen Blattes von Berlin keine Bedeutung bei, wenn dasselbe behauptet, die Reise des Kronprinzen nach St. Petersburg sei nur eine Höflichkeitsbezeigung und habe mit der Politik nichts zu schaffen. Es erscheint ihnen nicht annehmbar, daß ein 35 Jahre alter Prinz, der seit zehn Jahren in alle Geschäfte eingeweiht wurde und mit jedem Tage der Nachfolger seines fast 70jährigen Vaters werden kann, mehrere Wochen lang an einem befreundeten Hofe verweilen sollte, ohne den Mund zu öffnen über das, was man in Berlin wünscht, und über das, was man in St. Petersburg wünschen kann.

[Militärisches.] In Folge der häufigen Streitigkeiten zwischen Bürgern und Soldaten, wobei letztere gewöhnlich von ihren Seitengewehren Gebrauch machen, hat der Kriegsminister die Corps-Commandanten aufgefordert, ihren Untergebenen begreiflich zu machen,

„daß das Tragen der Waffe außer Dienst nur eine Auszeichnung für sie sei. Sie den Bürgern gegenüber in Schlägereien zu gebrauchen, sei nicht allein unpatriotisch, sondern auch feig, und er verbietet deshalb den Soldaten auf's Strengste, davon Gebrauch zu machen."

[Die Untersuchung gegen die Verhafteten des Quartier Latin] wird mit großem Eifer betrieben; trotzdem scheint es der Regierung schwer zu fallen, einen Grund zu einer Anklage auf geheime Gesellschaft vorzufinden. Inzwischen sind elf der Verhafteten durch Verfügung des Untersuchungsrichters bereits wieder in Freiheit gesetzt worden.

[Zur Presse.] Interessant ist, in welcher Art und Weise das Ministerium in seiner Preß-Abtheilung sich um die journalistischen Angelegenheiten kümmert. Es scheint hier nämlich ein tägliches Sousblatt unter dem Titel: „La Petite Presse", welches insofern in Connex mit dem kleinen „Moniteur" steht, als beide Journale von derselben Administration an gemeinschaftliche Agenten in den Provinzen gleichzeitig versendet werden. Da nun seit ungefähr 10 Tagen der Verkauf des kleinen „Moniteur" notorisch um täglich 550 Exemplare abnahm, erhielt die Redaction der „Petite Presse", welche ihren Erfolg aus einem schlechten Romane Ponser du Terail's dankt, den lakonischen Befehl aus dem Preßbureau: Redigiren Sie die „Petite Presse" weniger sorgfältig, Sie thun dem kleinen „Moniteur" zu vielen Schaden!" Jeder Commentar ist hierzu überflüssig.

Amerika.

New-York, 9. Novbr. [Die noch rückständigen Wahlen] sind ruhig abgelaufen. Republikanisch wählten New-York, Neu-Jersey, Vermont, Michigan und Massachusetts; demokratisch Maryland und Delaware. Der Gouverneur Fenton in New-York hatte eine Stimmenmehrheit von 10,000. General Butler ist Congreß-Mitglied geworden.

[Die Staatsschuld der Vereinigten Staaten] betrug am 1. November 2681 Millionen, der Kassenbestand 130 Millionen Dollars.

Provinzial-Zeitung.

I.

Die städtischen Sparkassen

sind eine der segensreichsten communalen Einrichtungen. Bestimmt, kleine Ersparnisse anzusammeln und diese in größeren Summen wieder auszuleihen, wirken die Sparkassen nach zwei Seiten hin in nützlichster Weise. Auf der einen Seite schaffen sie dem kleinsten Resultate mühevoller Arbeit durch die von ihnen gewährten Zinsen und die dadurch entstehende Capital-Vermehrung einen weiteren Nutzen, sie steigern folglich die Lust zur Arbeit, indem sie dieselbe lohnender machen, und befördern den Wohlstand, dessen Steigerung nur auf der Arbeit beruht, auf der andern Seite erleichtern sie den Verkehr, den Handel durch ihre meist zu mäßigen Zinsen gewährten Lombard-Darlehne und unterstützen sie den Grundbesitz durch ihre zu billigen Zinsen abgeschlossenen Hypotheken-Darlehne und durch ihre Capital-Anlagen in Pfandbriefen. So sind die Sparkassen ein wesentliches Beförderungs-Mittel der Arbeit in verschiedener Richtung, sie sammeln auf der einen Seite die Resultate der Arbeit und führen sie auf der anderen Seite wieder der Arbeit zu, auf beiden Seiten wirken sie befruchtend und erleichternd, und an ihrem gesicherten Bestande haben die Stadt-Gemeinden das allerhöchste Interesse, ganz abgesehen von den Ueberschüssen, die diese Institute den Städten zur Erreichung edler Zwecke häufig zuführen. Die eben vergangene kritische Zeit führt uns zu der Betrachtung, ob die Sparkassen unter ihren gegenwärtigen Statuten, an welche ihre Thätigkeit in strikter Weise gebunden ist, fernerhin fortwirken können und ob ihr Bestand, ohne eine durchgreifende Aenderung der Statuten, vor allen Wechselfällen der Zeiten wirklich gesichert ist.

Wir möchten das bezweifeln, die Statuten verlangen von den Sparkassen geradezu Unmögliches. Die Sparkassen sollen Gelder mit kurzer Kündigungsfrist annehmen und dieselben Gelder in Hypotheken oder Staatspapieren oder im Lombard anlegen, also gegen in kurzer Zeit rückzahlbares Geld Werthe eintauschen, deren Realisirung theils lange Zeit erfordert, theils zu Zeiten unmöglich ist. Das Statut der Breslauer Sparkasse gestattet dieser, eine Viertel Million in Breslauer Communal-Papieren und bei der städtischen Bank und 150,000 Thlr. bei dem städtischen Leihamte anzulegen. Jedenfalls hat diese Bestimmung in der Absicht der Aufsichtsbehörde ihren Grund, der Sparkasse die Möglichkeit zu geben, einen Theil des ihr vom Publikum anvertrauten Capitals flüssig zu erhalten, und es ist der Behörde nicht entgangen, daß ein sehr wesentlicher Moment der Lebensfähigkeit der Sparkassen in der Flüssigkeit des Capitals liegt. Aber genau betrachtet ist das Capital beim städtischen Leihamte nichts weniger als flüssig, denn das Leihamt hat es wieder seinerseits in schwer realisirbaren Werthen angelegt, könnte also auch nur mit großen Opfern für sich und die Schuldner in kritischen Zeiten das Capital zurückzahlen, wenn es überhaupt angeht, und das Capital, welches die städtische Bank eventuell in der Krisis von der Sparkasse in Händen hätte, zöge wieder, wenn es plötzlich zurückgefordert werden müßte, die städtische Bank in so starke Mitleidenschaft, daß die Thätigkeit dieses Instituts wesentlich gehemmt werden könnte, so daß diese Erleichterung, welche das Statut der Breslauer Sparkasse vielleicht vor vielen anderen gewährt, nur eine scheinbare ist und außerdem dem allein richtigen Grundsatze, die städtischen Institute in sich selbstständig und in keiner Weise von einander abhängig zu erhalten, entschieden widerspricht.

Diese Ausnahmsbestimmung in dem Statute der Breslauer Sparkasse ist also von höchst zweifelhaftem Werthe, die Breslauer Sparkasse hat, wie viele andere preußischen, die Pflicht übernommen, Gelder mit kurzer Kündigungsfrist anzunehmen und sie entweder in Hypotheken, die sie nicht in kurzer Zeit zu Gelde machen kann, oder in Staatspapieren, deren Einkaufspreis sie gewissermaßen garantiren soll und welche zu Zeiten nur mit schweren Verlusten zu verwerthen sind, oder in Lombard-Darlehnen, die sehr schwer und in gewissen Zeiten nur mit großem Schaden entweder für den Schuldner oder für das Institut realisirbar sind, anzulegen. Diese Pflicht läßt sich in ruhigen Zeiten bei genügender Vorsicht wohl erfüllen, in unruhigen Zeiten aber und oft schon lange Zeit vor deren wirklichem Eintreten ist die Erfüllung unmöglich und da Statuten nicht nur für normale Zustände, sondern

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

für alle Zeiten mit ihren manchmal rasch eintretenden Gefahren berechnet sein müssen, scheint eine durchgreifende Aenderung der Statuten resp. des Gesetzes über die Sparkassen dringend geboten.

Die Breslauer Sparkasse hat die eben verlaufende Krisis ziemlich glücklich überstanden; für die weise Vorsicht, mit der das Institut geleitet wird, verdient das Curatorium öffentlich den wärmsten Dank und die größte Anerkennung, anderen Sparkassen ging es viel trauriger, und in einzelnen größeren Städten Preußens ist schon die Frage ernstlich erörtert worden, ob in unseren bewegten Tagen überhaupt Sparkassen auf Grund der bisherigen Gesetzgebung noch existiren können. Für die Breslauer Sparkasse ist die Hauptgefahr für ihre Existenz dadurch vermieden worden, daß das Curatorium die Weltlage, lange bevor eine wirkliche Krisis eingetreten war, für gefährlich hielt, daß es, kurz gesagt, an den Krieg glaubte und in dieser Ueberzeugung, viele Monate vor Ausbruch desselben, seine Einrichtungen wahrscheinlich durch Verkleinerung der Lombardbestände oder durch rechtzeitige Verkäufe von Effecten so getroffen hat, daß es den ersten Anprall der Kündigungen ruhig ertragen und allen Ansprüchen genügen konnte, wenn auch später durch Zwangsverkäufe von Staatspapieren namhafte Verluste entstanden sein mögen. Andere Sparkassenverwaltungen, die den Krieg für unmöglich hielten und die im Gefühle der Sicherheit von dem plötzlich hereinbrechenden Kündigungssturme überrascht wurden, waren sehr nahe daran, zahlungsunfähig zu werden, und konnten nur mit den allerschwersten, die Resultate jahrelanger Mühewaltung zerstörenden Opfern sich zweifelhaft flott erhalten. Auch für die Sparkassen waren die Großthaten unserer Armee wie in so vielen andern Beziehungen von unberechenbarem Nutzen, dauerte der Krieg nur einige Wochen länger und wäre die Staatshilfe, wie es höchst wahrscheinlich ist, nicht zu erlangen gewesen, so waren viele dieser Institute rettungslos verloren.

Für die Sparkassen waren also allein die Ansichten über die Weltlage, wie sie von den verschiedenen Curatorien gehegt wurden, entscheidend, in ihren inneren Einrichtungen lag nicht die Gewähr, daß sie ihre Verpflichtungen in der Krisis erfüllen konnten, und es liegt wohl auf der Hand, daß die Bestimmungen der Statuten und nicht die subjectiven Ansichten der leitenden Persönlichkeiten die Basis der Geschäftsführung bilden müssen. Wir wissen genau, wie äußerst schwierig es ist, eine Aenderung der Gesetzgebung, ohne diese wird eine wesentliche Statuten-Aenderung nicht zu erlangen sein, herbeizuführen, indessen halten wir den gegenwärtigen Zeitpunkt der Neugestaltung des Vaterlandes für einen zur Erreichung dieses Zweckes äußerst günstigen, und man darf wohl überzeugt sein, daß die Erfahrungen, die das Sparkassenwesen in jüngster Zeit gemacht hat, auch an maßgebender Stelle nicht unbeachtet geblieben sind, und daß in den hohen Regionen der Verwaltung ein reges Interesse an der Förderung der materiellen Interessen, und um eine solche handelt es sich bei Abänderung des Sparkassengesetzes, vorwaltet. Auch hat die Regierung in der Bankpolitik, die mit dem Sparkassensystem nahe verwandt ist, manchen Schritt zur freiheitlichen Entwickelung in neuester Zeit gethan und es läßt sich erwarten, daß solche Unmöglichkeiten, wie sie die Gesetzgebung von den Sparkassen verlangt, gern beseitigt werden, um so mehr, wenn mit solchen Unmöglichkeiten unbestreitbar die ernstesten Gefahren für den Wohlstand der Nation verknüpft sind. Eine ernste Gefahr liegt in kritischen Zeiten nicht allein für die Sparkassen vor, die Gefahr gilt bei unsicheren Zuständen ebenso dem Grundbesitze, diesem Kern des Nationalvermögens, den plötzlich nöthig werdende Massenkündigungen großer Capitalien ruiniren, ohne daß damit den Sparkassen geholfen wird, die Gefahr gilt ebenso dem Credit des Staats, der Eisenbahnen, der Landschaften, den Zwangsverkäufe großer Summen von Staatspapieren, von Eisenbahn-Obligationen, von Pfandbriefen sehr wesentlich und auf lange Zeit herabdrücken, sie gilt ebenso dem Credit der Gewerbtreibenden, die in ihrem Vermögen durch Kündigungen der Lombards arg beschädigt und in ihrer Steuerkraft, ebenso wie die Grundbesitzer, bedeutend geschwächt werden.

Die Frage nun, wie den Sparkassen zu helfen wäre, ist eine schwierige, unlösbar aber ist sie nicht, und wenn wir mit dieser kurzen, für den Raum einer Zeitung berechneten Auseinandersetzung zur Besprechung dieser Frage, deren Lösung unmöglich auf lange aufgeschoben werden darf, angeregt haben, so haben wir unsern Zweck erreicht.

Andeutungen, worin die Lösung zu suchen sein wird, wollen wir einem zweiten Artikel vorbehalten.

Breslau, den 22. November. [Tagesbericht.]

** [Stadtverordneten-Wahlen.] Heute Nachmittag wurden in 10 Wahlbezirken 2. Abtheilung die Neuwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung abgehalten. In allen Bezirken, wo die Wahlen zu Stande kamen, sind bis auf einen die vom liberalen Wahlcomite aufgestellten Candidaten gewählt; in 3 Bezirken werden Nachwahlen erforderlich sein. Gewählt sind heute:

im 2. Wahlbezirk: Rechtsanwalt Leonhard mit 28 von 34 Stimmen (die Zahl der Wahlberechtigten betrug 102);

im 3. Wahlbezirk: der bisherige Stadtv. Dr. med. Guttentag einstimmig mit 30 Stimmen (Wahlberechtigte 104);

im 4. Wahlbezirk: Justizrath Fischer mit 29 von 37 Stimmen (Wahlberechtigte 112);

im 6. Wahlbezirk: Sanitätsrath Dr. Burchard mit 17 von 23 Stimmen (Wahlberechtigte 97);

im 9. Wahlbezirk: Baurath a. D. Studt mit 25 von 49 Stimmen (Wahlberechtigte 95);

im 14. Wahlbezirk: Kaufmann Aders mit 15 von 28 Stimmen (Wahlberechtigte 100);

im 17. Wahlbezirk: der bisherige Stadtv. Kaufmann R. Sturm mit 37 und Kunstschlossermeister Meinecke mit 33 von 44 Stimmen (Wahlberechtigte 100);

im 18. Wahlbezirk: die bisherigen Stadtverordneten Kaufmann Fuchs mit 35 und Ofenbaumeister Müller mit 32 von 58 Stimmen (Wahlberechtigte 117).

Im 7. Wahlbezirk ist keine absolute Majorität erzielt; es erhielten Kaufm. Straka 21, Kaufm. Krebs 19, Goldarbeiter Heinke 5 und Goldarb. Jackwitz 1 Stimme. Auch bei der Wahl des 2. Stadtverordn. im 9. Bezirk war keine absolute Majorität vorhanden; es erhielten Buchhändler Porsch 22, Maurermstr. E. Schmidt 14, Kaufm. Patzky 13, Lithograph Spiegel 13, Kaufmann Kopisch 8, Kaufmann H. Müller 2 und Prof. Dr. Schmölders 1 Stimme. Endlich wurde im 16. Wahlbezirk keine absolute Majorität erzielt; es erhielten Baurath a. D. Studt 23, Kaufmann Tietze 17 und Dr. Blümner 7 Stimmen. Demnach werden in den genannten drei Bezirken ebenso wie in dem gestern erwähnten 28. Bezirk Nachwahlen stattfinden.

** [Stadtverordneten-Versammlung.] Die heutige Sitzung wird um 4½ Uhr von dem Vorsteher Kaufmann Stetter eröffnet. Aus den einleitenden geschäftlichen Mittheilungen heben wir folgende hervor:

Die Lehrer der Realschule z. h. Geist, des Magdalenen-Gymnasiums und der Realschule am Zwinger bitten unter Auseinandersetzung der Verhältnisse und unter Bezugnahme auf den Lehrer-Besoldungs-Etat des königl. Matthias-Gymnasiums um entsprechende Aufbesserung ihrer Gehälter bei der Festsetzung des neuen Gehalts-Etats. Vorsitzender bemerkt hierzu, er sei vom Oberbürgermeister Hobrecht zu der Mittheilung autorisirt, daß Magistrat diesen Gegenstand bereits in Erwägung genommen habe und eine darauf bezügliche Vorlage, abgesondert von dem Etat, der Versammlung zugehen lassen werde. Mit Rücksicht hierauf wird die Vorstellung der Schulencommission überwiesen. — 17 Elementarlehrer überreichen Abschrift eines von ihnen an den Magistrat gerichteten Gesuchs um Normirung der Gehaltsstufen der 2. u. 3. Lehrerstellen auf resp. 400, 450, 500 Thlr. und 350, 300 und 250 Thlr. jährlich. Auch dieses Gesuch wird mit der in Aussicht stehenden Vorlage der genannten Commission überwiesen.

Das kathol'sche Kirchencollegium z. St. Maria auf dem Sande bittet, die Versammlung möge das von ihm an den Magistrat gerichtete Gesuch, zur Erwerbung eines neuen Begräbnißplatzes für diese vermögenslose kathol. Gemeinde, in Rücksicht auf die zahlreichen Armenleichen, einen städtischen Zuschuß von 600 Thlr. zu gewähren, unterstützen. Das Gesuch wird, bis die magistratualische Vorlage eingegangen, ad acta genommen.

Magistrat übersendet Abschrift eines von dem commandirenden General v. Tümpling unterm 17. d. M. an den Oberbürgermeister Hobrecht mit der Bitte um Mittheilung an die städtischen Behörden gerichteten Schreibens, welches lautet:

„Ew. Hochw. beehre ich mich ergebenst mitzutheilen, daß ich heute das von Sr. Majestät dem Könige allergnädigst mir anvertraute Commando des 6. Armee-Corps übernommen habe. Indem ich Ew. Hochwohlg. ebenmäßig ersuche, auch dem wohllöbl. Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Breslau, sowie den übrigen städtischen Behörden hiervon gefälligst Kenntniß geben zu wollen, spreche ich es gern bei dieser Gelegenheit gleichzeitig aus, wie die Gnade meines allergnädigsten Königs und Herrn mich auch dadurch besonders geehrt und beglückt hat, daß ich durch dieselbe in der mir allerhöchst anvertrauten Stellung zur Wirksamkeit berufen worden bin, in dieser schönen und patriotischen Provinz, deren Hauptstadt — im Angesichte der drohendsten Gefahr! — in dem eben durchlebten glorreichen Jahre ein so hervorleuchtendes Beispiel an opferbereitem Gemeinsinn gegeben und dieselbe patriotische Hingebung bewährt hat, wie ehedem in dem großen Jahre 1813 unsterblichen Andenkens."

Von den Stadtv. Dr. Asch, Friedenthal, Beyersdorf, Dr. Weis, Grund u. s. w. ist der Antrag eingegangen, mit dem Beginn des J. 1867 den Anfang der Plenarsitzungen auf 6 Uhr festzustellen. Dem Vorschlage des Vorsitzenden gemäß, wird die Berathung dieses Antrages der neu constituirten Versammlung zu Anfang des künftigen Jahres vorbehalten.

Nächstdem in die Berathung der älteren Vorlagen eingetreten, bewilligte die Versammlung die magistratualischerseits beantragten Diäten für die stellvertretenden Hospitalärzte Dr. Kornfeld, Dr. Josef, Dr. Martini und Dr. Maas eine jährliche Pension von 40 Thlr. für eine invalide gewordene Krankenwärterin des Allerheiligen-Hospitals, und genehmigte die Mehrausgaben pro 1865 bei den Verwaltungen des Claassen'schen Siechhauses und der Hospitäler für alte hilflose Dienstboten, zum hl. Geist und St. Anna.

Ferner genehmigte die Versammlung die Etats für die Verwaltung des städtischen Schlachthofes, der Breslauer Sparkasse und deren Reserve- und Administrationskosten-Fonds pro 1867 unter den Modalitäten, wie solche von der Finanz- und Steuercommission für die beiden letzteren Etats empfohlen waren. Demnächst wurde die Verstärkung des Extraordinarien-Titels bei der Verwaltung des Magdalenen-Gymnasiums um 150 Thlr. und die Bedingungen zum Abbruch des alten Gymnasialgebäudes genehmigt.

Nach kurzer Debatte, an der Stadtverordneter Burkhart, Riemann, Bürgermeister Dr. Bartsch, Stadtv. Grund, Hipauf und Dr. Stein sich betheiligten, erklärte man sich mit der Bewilligung von 590 Thlrn. zum Ankauf eines dem 3. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 50 für seine Musikkapelle zu schenkenden Halbmondes einverstanden; ebenso mit der nachträglichen Bewilligung der den Feldwebeln, Unteroffizieren und übrigen Mannschaften bei dem festlichen Einzuge am 18. September und bei dem am 22. desselben Monats verabreichten Geldgeschenke im Gesammtbetrage von 6512 Thlrn. (S. Nr. 544 d. Ztg.)

Von den ferneren Beschlüssen erwähnen wir noch die, betreffend die Verstärkung der im Etat für die Bauverwaltung ausgesetzten Mittel für die gewöhnliche Unterhaltung der gepflasterten Straßen und Plätze um 2000 Thlr., die weitere Verstärkung der Mittel für die Unterhaltung der öffentlichen Brunnen und Röhren um 500 Thlr., die Reservirung der im Etat für die Schießwerder-Verwaltung etatirten Beträge, und die Erklärung des Magistrats bezüglich der von der Stadtverordneten-Versammlung angeregten Wahrung des Rechtes der Stadtgemeinde an dem Fußwege längs der Oder am Weidendamme. Magistrat soll nach dem vom J.-R. Simon befürworteten Gutachten der Grundeigenthums-Commission ersucht werden, diejenigen Maßregeln im öffentlichen Interesse zu treffen, welche erforderlich, damit die Erhaltung und Unterhaltung des Fußweges nebst Damm als solcher für das Publikum gesichert werde. Auch die übrigen Vorlagen wurden meist, den betr. Commissionsgutachten gemäß, erledigt. Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr.

** [Erkenntniß.] In Betreff der Kündigung der Prioritäts-Obligationen Lit. E. der Oberschlesischen Eisenbahn hat das Appellationsgericht heute in zwei Processen das Erkenntniß der 1. Instanz bestätigt, mithin die Kündigung für gerechtfertigt erachtet und die Oberschles. Eisenbahn verurtheilt, die gekündigten Obligationen baar auszuzahlen. Vertreter des Klägers in dem einen Processe war Herr Rechtsanwalt Freund, in dem andern Herr Justizrath Simon.

⁂ [Zur Kostkinderfrage.] Man wird sich erinnern, daß in den Versammlungen der Bezirksvorsteher, Armenväter rc. im vorigen Winter beschlossen wurde, einen Verein für die Kostkinder-Pflege zu errichten. Man wählte zu diesem Zweck ein Comite, an dessen Spitze Herr Kaufmann C. Schierer stand, welcher nicht allein jene Versammlungen veranlaßt, sondern auch die wichtige Frage: wie eine bessere Verpflegung der Kostkinder zu erreichen? mit dem wärmsten Eifer in Anregung gebracht hatte. — Die Thätigkeit des Comite's war von einem außerordentlichen Erfolge begleitet, binnen verhältnißmäßig kurzer Zeit wurden mehr als 800 Menschenfreunde und mildthätige Damen für den Verein gewonnen, die Summe der gezeichneten Beiträge war nicht unbeträchtlich. — Da hemmte der plötzlich hereinbrechende Krieg den Fortgang des humanen Werkes und die Schrecknisse der später wüthenden Epidemie geboten dem segensreichen Unternehmen einen unerwünschten Stillstand. — Die Bedrängniß ist vorüber — und das Comite hat bereits seine Thätigkeit von Neuem begonnen. Nächstens soll eine Generalversammlung sämmtlicher Mitglieder (deren Zahl jetzt schon über 900 gestiegen ist) einberufen werden und zwar, irren wir nicht, auf Donnerstag den 28. November in dem neuen, prachtvollen Saal des Hotel de Silesie, welchen Herr Mosler mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit dem Comite überlassen hat. — Krieg und Epidemie haben die Dringlichkeit der Kostkinderfrage nicht gemildert, sondern zu einer noch brennenderen gemacht, um so mehr ist die Maßnahme des Comite's, zur sofortigen Constituirung des Vereins zu schreiten, zu loben und um so mehr ist zu hoffen, daß die Betheiligung bei der bevorstehenden Generalversammlung eine allseitige sein werde.

† [Das Augusten-Hospital für kranke Kinder armer Eltern,] welches seit einer langen Reihe von Jahren höchst segensreich für die Gesundheitspflege der Kleinen unbemittelter Eltern theils durch kostenfreie Aufnahme jener in die Anstalt, theils durch ambulatorische Behandlung derselben gewirkt, hat durch das in jüngster Zeit erfolgte Ableben des Stadtraths Pulvermacher und des Frls. Caroline Karuth sehr schwer zu ersetzende Verluste erlitten. Außerdem lassen die täglich in vielfacher Weise neu an den Wohlthätigkeitssinn und die Opferwilligkeit der Bewohner Breslau's herantretenden Forderungen leicht befürchten, daß die in stiller Zurückgezogenheit wirkende Anstalt nicht nur von manchen alten Freunden vergessen werden könne, ohne daß es ihr gelingt, zahlreich neue sich zu gewinnen. Das Letztere aber thut dringend Noth, soll die Anstalt den sich steigernden Ansprüchen Befriedigung gewähren, soll in der frühzeitigen, sachgemäßen Heilung der Krankheit des Kindes dem ferneren Leben ein möglichst gesunder Mensch erhalten werden. Mit dem Danke an die Wohlthäter, welche das Augusten-Hospital bisher stets zur Hilfe bereit erhielten, verbinden wir daher die Bitte: ihm zur weiteren Bethätigung seines Liebeswerkes auch fernerhin durch zahlreiche Liebesgaben die Möglichkeit bieten zu wollen. Frau Geheimerath Stenzel, sowie die Herren Part. Kuh, Stadtältester Jaeckel, Dr. med. Paul, Oberamtmann Schwarz und Kaufmann Schierer, welche derzeit den Vorstand des Hospitals bilden, werden gern diese Gaben in Empfang nehmen; die laufenden Beiträge sind an den Schatzmeister, Herrn Kaufmann Schierer, oder den von diesem legitimirten Boten abzuführen.

** [Militärisches.] Nach der Errichtung mehrerer neuen Artillerie-Depots und mehrfachen Dislocationsveränderungen ist eine anderweite Zutheilung der Depots an die Festungs-Artillerie-Regimenter, und in Bezug auf das Kassen- und Rechnungswesen an die Militär-Intendanturen bestimmt. Danach sind untergeordnet: dem Niederschlesischen Festungs-Artillerie-Regiment Nr. 5: die Artillerie-Depots zu Thorn, Graudenz, Posen und Glogau; dem Schles. Festungs-Artillerie-Regiment Nr. 6: die Artillerie-Depots zu Breslau, Cosel, Glatz, Neisse und Schweidnitz; der Intendantur des 5. Armeecorps die Depots zu Posen und Glogau; der Intendantur des 6. Armeecorps die oben genannten Depots des Schles. Festungs-Artillerie-Regiments.

△ [Permanente Auctionen.] So wie es Geschäfte giebt, die seit Jahren ausverkaufen und zur Bestätigung Schilder hängen haben: Wirklicher Ausverkauf, so giebt es auch Auctionen, die nie enden, deren Lager immer wieder vervollständigt wird. Der Auctionator hat sein Local halb mit Bundesgenossen gefüllt, die er in Tagelohn besoldet, alte Frauen, sowie einige Bekannte oder Geschäftstheilnehmer. Jeder andere Eintretende wird als Opfer betrachtet und geangelt; treten einige Bauern ein, so kommen nützliche Hausgeräthe, silberblanke Zinnlöffel, Messer und Gabeln unter den Hammer, sind es Handlungscommis, so erscheinen prächtige Uhrketten, falsche Siegelringe, Spazierstöcke mit mächtigen, aus mehreren Stücken zusammengesetzten Elfenbeinkrücken („gebleechter Knuche" — würde der Schlesier sagen). Die Schlepper und Fänger brechen in staunende Ausrufe von Verwunderung aus, bieten indeß bald den Preis des wirklichen Werthes selbst. Wer einen „Sechser" mehr bietet, fällt schleunigst „rin". Mit beglückwünschender Miene reicht ihm der Auctionator das Werthstück, einige gesunde Breslauer Jungen klären den Käufer indessen bald auf über den wirklichen Werth, mit Mühe wird ein Scandal vermieden. Bald drängeln die Schlepper die Raisonneure beruhigend hinaus, die sonore Stimme des Auctionators ertönt wieder laut und lockt die Vorübergehenden, die in der Weihnachtszeit besonders leicht und en masse „rinfallen".

† [Besitzveränderungen.] Schmiedebrücken-Ecke Nr. 17 und 18 und Kupferschmiedestr. Nr. 17 (4 Löwen). Verkäufer: Verw. Frau Partic. Henriette Wilh. Kny. Käufer: Tuch- und Kleidergeschäfts-Inhaber Herr Kaufmann S. Silbermann. — Tauenzienstraße Nr. 32b. Verkäufer: Uhren-, Fournitouren- und Werkzeughändler Herr H. Reinke. Käufer: Herr Kürschnermeister Friedrich Cubäus. — Klosterstraße Nr. 51b. Verkäufer: Herr Particulier Moritz Freund. Käufer: Hr. Zimmermstr. E. Heyber. — Ohlauerstraße Nr. 41. Verkäufer: Herr Uhrmacher A. Pfennig. Käufer: Herr Holzhändler Julius Epstein. — Neue-Weltgasse Nr. 35 (Goldene Scheere). Verkäufer: Herr Bäckermeister Eduard Edlich. Käufer: Herr Zeugschmidt und Brückenwaagen-Fabrikant C. Schüller. — Gartenstraße Nr. 34 und Nr. 35 a. u. b. Verkäufer: Herr Kaufmann L. Schaps. Käufer: Herr Gutsbesitzer Wiedemann. — Das in Ober-Mittel-Peilau belegene königliche Lehngut Gladishof (Kreis Reichenbach). Verkäufer: Herr Guts-Besitzer Wiedemann. Käufer: Herr Kaufmann L. Schaps in Breslau.

⌣ [Verschiedenes.] Es wird in diesem Winter, wie in den früheren, eine Eisbahn für Stuhlschlitten und Schlittschuhläufer auf dem hiesigen Stadtgraben eröffnet und zwar wird die Strecke von der Ohlauerthor- bis zur Taschenbrücke dem Schwimm-Meister Weigelt und die Strecke vom Schweidnitzerthor bis zum Königsplatz der Wittwe des verstorbenen Knauth gegen Zahlung eines Pachtgeldes überlassen werden. Da die Wittwe Knauth eine geübte Schlittschuhläuferin ist, so dürfte sie dasselbe Vertrauen seitens des Publikums erwarten, welches ihrem Manne zu Theil geworden ist.

—r. Nachdem der beginnende Frost seit einigen Tagen die Oder mit Grundeis bedeckt hat, ist die Oder in der vorigen Nacht bis über Zedlitz hinaus zum völligen Stillstand gekommen. — Die Häuser Nr. 30 und 31 auf der Uferstraße sind jetzt käuflich von der Stadt erworben worden und ihr Abbruch soll behufs Verbreiterung der Passage und der Uferregulirung im nächsten Frühjahre erfolgen. Die Verhandlungen über den gleichfalls nöthigen Erwerb des Hauses Nr. 29 haben wegen der Höhe der Forderung noch zu keinem Abschluß gebracht werden können.

=bb.= Zum Besten armer Waisen fand gestern das zweite Wohlthätigkeits-Concert statt, veranstaltet von der constitutionellen Mittwoch-Ressource; dasselbe ergab eine Einnahme von ca. 70 Thlr.

△ Der schnelle Eintritt der Kälte ist auf den Gesundheitszustand, besonders für Kinder, nicht ohne Einfluß geblieben. Ueber die Sterblichkeit der Kinder und deren Verringerung ist ein Buch von Dr. S. Friedmann erschienen. Es ist nicht immer gut, aus übergroßer Zärtlichkeit oder überschwänglicher Sorgfalt kleine Nachlässigkeiten durchgehen zu lassen; sie sind Todfeinde des jungen Weltbürgers und äußern sich schließlich in einem Heere von Krankheiten. Wie man ihnen entgegentreten kann, darüber giebt das mit statistischen und naturgeschichtlichen Notizen reich versehene Büchlein die beste Auskunft.

=bb= Heute Vormittag 9¼ Uhr stürzte ein Knabe auf dem Ritterplatz in dem Augenblick nieder, als ein schwer beladener Wagen vorüberfuhr. Dem Kutscher war es unmöglich, bei der Glätte die Pferde auf der Stelle zum Halten zu bringen, der Wagen fuhr über den Knaben hinweg — letzterer aber blieb unverletzt. Er war glücklicherweise so zu liegen gekommen, daß er zwischen beiden Pferden und alsdann mitten unter dem Wagen sich befand. — Heute Morgen verhaftete der Revierbeamte von der Kleinen Scheitnigerstraße 4 fremde liederliche Frauenzimmer, welche sich unangemeldet hier aufhielten. Gestern fand gleichfalls die Verhaftung von 3 solchen Frauenzimmern auf der Großen Scheitnigerstraße statt.

= Am 21. Nov. sind polizeilich angemeldet worden als an der Cholera erkrankt —, als daran gestorben — und als genesen — Person.

Breslau, 22. Nov. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Sonnenstr. Nr. 19 eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand; an derselben befand sich eine von blonden Haaren gefertigte Kette mit drei goldenen Ringen; Goldne Radegasse 18 ein Sack mit 64 Pfund langen Roßhaaren; Vorwerksstraße im Fischerhause ein schwarz angestrichener verschlossener hölzerner Kasten, welchen ein in seine Heimath gereistes Dienstmädchen dort eingestellt hatte.

Polizeilich mit Beschlag belegt ein Ballen Leder, aus 5 Rindhäuten bestehend, signirt A. W. Nr. 8; ferner zwei Paar Frauenbeinkleider von Shirting, ein Paar zugeschnittene weiße Parchenthosen, 6 Stück ungefertigte weiße Vorhemdchen, 5 Stück rothbunte Taschentücher, ein Hemdekragen, ein Stück halbgebleichte Leinwand, ein Rest Shirting, ein Rest roth- und weißcarrirte und vier Reste braun- und weißcarrirte Züchenleinwand, sowie mehrere Leinwand- und Parchentflecke.

Abhanden gekommen einem Offizierburschen bei Gelegenheit des Besuches eines öffentlichen Tanzvergnügens im deutschen Kaiser eine Brieftasche, in welcher sich der Rentenbrief Nr. 1280 über 1000 Thlr. und 70 Thaler in 4 Kassenscheinen zu 50, 10 und 5 Thlr. bestehend, sowie zwei Photographien befanden.

Verloren wurden: eine silberne Schnupftabakdose, gez. (gothisch) C. P. 1827—1852; eine Brieftasche mit 300 bis 325 Thaler Inhalt, in preußischen und sächsischen Kassenscheinen zu 50, 25, 20, 10, 5 und 1 Thlr. bestehend.

** **Bunzlau**, 19. Nov. [Festliches.] Gestern feierte die hiesige Liedertafel das Fest ihres 25jährigen Bestehens in einem Festconcert mit Festmahl und Ball. — Ersteres begann mit einem Chor aus Haydn's Schöpfung mit Orchester, dem ein Festgedicht, dann die Bekränzung der Fahne folgte, woran sich zwei höchst effectvoll vorgetragene Festlieder von Knauer und Marschner schlossen. Nach vier Solo- und Chor-Piecen aus der „Schöpfung" kam der I. Theil des Spohr'schen Oratoriums „Die letzten Dinge" zur Aufführung. Alle Piecen waren sehr sorgfältig einstudirt und wurden in vorzüglicher Weise executirt. Voller Beifall des zahlreichen Auditoriums wurde diesem würdigen Anfange der Festfeier zu Theil, welche dem Dirigenten, wie auch den Mitwirkenden, weit über 100 Personen, zur größten Ehre gereichte. — Am Festmahle betheiligten sich 180 Personen. Der erste Toast des Dirigenten galt den Stiftern, andere den Behörden, Solisten, Sängergästen, hiesigen Musikfreunden, den Vorstandsmitgliedern, namentlich dem hochverehrten Dirigenten, den Damen u. s. w. Eine Deputation des Laubaner Vereins, in der Person des Musikdirectors Herrn Böttger, überreichte dem hiesigen Director, Herrn Cantor Knauer, das Ehrendiplom, worauf Letzterer, Herrn Böttger, sowie den geschätzten auswärtigen Solisten, Fräulein Minna Kanter aus Kunzendorf und den Herren Kaufmann Anders und Postsecretär Neumann aus Lauban, ebenfalls die Diplome als Ehrenmitglieder des Bunzlauer Vereins übergab. Tafellieder und andere ernste und launige Gesang- und Musikstücke trugen zum allgemeinen Frohsinn bei, der bei Festmahl und Ball durchweg vorherrschend war.

⊠ **Gleiwitz**, 21. Nov. [Eine höhere Töchterschule] ist hier von Fräulein Leontine v. Goetze für gebildete Stände begründet worden, in welcher außer den gewöhnlichen Schulwissenschaften auch in der französischen und englischen Sprache und in weiblichen Handarbeiten unterrichtet wird. Es sind bereits recht viele Schülerinnen angemeldet worden.

⊠ **Zabrze**, 21. Novbr. [Grubenunglück.] Die „Königin-Louisengrube" hat an drei Orten Brandstellen, welche mit starken Mauern aus feuerfesten Ziegeln umbaut sind, damit das Feuer nicht größere Dimensionen annehmen kann, auch die brandigen Wetter eine Absperrung erhalten. Auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise ist heute Vormittag die Umdammung der Brandstelle im Reviere des Skaley-Schachtes durchbrochen, wodurch sich die abgesperrt gewesenen brandigen Wetter mit Schnelligkeit in der Grube auszubreiten anfingen. Zum Glücke wurden die in der Nähe arbeitenden Bergleute durch zwei Beamte auf die Gefahr aufmerksam gemacht, so daß sie auf ihre und die Rettung der inzwischen plötzlich ohnmächtig gewordenen beiden Beamten und mehrerer Bergleute bedacht sein konnten. Die beiden Beamten sind zum Leben zurückgebracht, vier Bergleute aber todt an's Tageslicht befördert worden. Aerztliche Hilfe war bald am Orte; auch wurde sofort versucht, der Unglücksstätte so nahe als möglich zu kommen, doch mußte davon Abstand genommen werden, weil diejenigen Personen, welche sich derselben zu nahen suchten, ohnmächtig und betäubt wurden. Es ist mithin bis jetzt nicht festgestellt, ob noch mehrere Opfer in der Grube liegen, was erst nach Entfernung der Wetter bestimmt ermittelt werden kann. Zwei von den todten Bergleuten sind Familienväter, welche zahlreiche Familie hinterlassen.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Der „Anz." meldet: „Es ist neuerdings die Nachricht verbreitet, als sei hier die Trichinen-Krankheit wieder aufgetreten. Nach genauen Erkundigungen ist das nicht der Fall. Allerdings war eine Dame kürzlich an der Trichinosis ziemlich schwer erkrankt, doch hat sich herausgestellt, daß dieselbe kurz zuvor in Greifswald gewesen war, wo im vorigen Monate 75 theilweise tödtliche Erkrankungen an der Trichinenkrankheit vorgekommen sind. Jetzt ist die Dame wieder hergestellt."

† Wartenberg. Die „Bober-Ztg." berichtet: „Ueber unseren Ex-Bürgermeister Bratsch können wir noch folgendes interessante Stückchen mittheilen, das sich noch neuerdings herausgestellt hat: Unsere Stadt besitzt nämlich eine große Wiese, deren jährlicher Ertrag sich auf circa 350 Thlr. beläuft. Dieser Jahres-Ertrag ist nun seit 1843 nicht mehr in der Stadtkasse vereinnahmt worden; es ergiebt sich daraus das Sümmchen von ungefähr 8000 Thlr., deren Verbleib man wohl nicht mehr in Zweifel ziehen dürfte. Von den vielseitig cursirenden Gerüchten, daß er schon gefaßt sei, hat sich bis jetzt kein einziges bewahrheitet. Nur so viel soll factisch sein, daß er mit einem Grünberger Bürger auf der Bahn nach Striegau zusammen gefahren ist. Demnach wendet er sich vielleicht nach Böhmen oder Polen.

□ Liegnitz. Wie das „Stadtbl." meldet, hat der Magistrat sich in der Liegnitz-Glogauer Eisenbahn-Angelegenheit direct an den Herrn Handelsminister gewandt, um dessen Vermittelung zur endlichen Erlangung dieser Bahn herbeizuführen. Der gedachte Herr Minister nämlich hat bereits einer Deputation aus Liegnitz, Lüben und Glogau auf das Entschiedenste zugesagt, daß er selbst mit allen zulässigen Mitteln dahin wirken werde, daß die Bahn endlich durch die Direction der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn zur Ausführung komme. — Die Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn hat auf Veranlassung des Magistrats einen Commissarius nach hier entsandt, um mit demselben über einen weiteren Ausgang durch die Ritterstraße nach der Hedwigstraße zur Begegnung der Verkehrsstörungen auf der Glogauer Chaussee zu unterhandeln. Der Termin fand am 21. d. M. statt — Nach dem Etat des Justizministerii, wie er pro 1867 dem Abgeordnetenhause bereits vorgelegt worden, sind nunmehr 9000 Thlr. zunächst für das Jahr 1867 zum Bau eines Kreisgerichtsgebäudes hierselbst ausgeworfen. Die Bauzeichnung ist bereits fertig und der Bau selbst verspricht eine Zierde der Stadt zu werden. — Am Montag Abend wurde, wie uns mitgetheilt wird, in Seifersdorf hiesigen Kreises ein frecher Raub begangen. Die Frau des Getreidehändlers Tietze daselbst war allein im Hause und erwartete ihren Mann, der vom Striegauer Markte heimkehren sollte. Gegen 11 Uhr hörte sie die Hausthür öffnen und bald auch an der Stubenthür Geräusch; sie glaubte, es wäre ihr Mann und frägt, ob er zu Hause komme. Eine Stimme antwortet ihr: Ja, und fügt eine Drohung bei; gleich darauf treten zwei fremde Männer in die Stube und überfielen die Frau, sie an Händen und Füßen knebelnd und ihr den Mund verstopfend, wobei ihr einige Zähne eingedrückt und einige Verletzungen am Halse beigebracht wurden; hierauf forschten sie nach dem Gelde und nahmen ein Kästchen, in welchem die Frau einige Ersparnisse, sowie verschiedene Schmucksachen und Hypotheken-Papiere aufbewahrt hatte, mit dem sie sich dann entfernten. Die Frau suchte sich nun ihrer Fesseln zu entledigen. Ihr Mann kehrte eine Stunde hierauf heim, und als er von dem Ueberfalle hörte, begab er sich mit dem Knecht sofort auf den Weg, die Räuber zu verfolgen; an einem nahen Wäldchen fanden sie das leere Kästchen und die Hypothekenpapiere auf dem Wege verstreut; die Räuber selbst konnten sie nicht erreichen. Hoffentlich gelingt es den Sicherheitsbeamten, dieselben zu entdecken.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† **Breslau**, 22. Novbr. [Börse.] Die Börse war heute sehr animirt und wurden namentlich Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahnactien zu höheren Coursen gehandelt; Amerikaner und italienische Rente ebenfalls höher, Warschau-Wiener gingen dagegen zurück. Oesterr. Creditbankactien —, National-Anleihe 52⅞ Br., 1860er Loose 64 Gld., Banknoten 79½—79⅝ bez. Oberschlesische Eisenbahnactien Litt. A. und C. 174½ bez. und Gld., Freiburger 143 Br., Wilhelmsbahn 53¾ Br., Oppeln-Tarnowitzer 77—77¾ bez. und Gld., Neisse-Brieger —. Warschau-Wiener 62¾—62⅜ bez. und Gld. Amerikaner 75⅞ bis 75⅝ bez. und Gld. Schles. Bankverein 114 Br. Minerva 30½ Gld. Schles. Rentenbriefe 92 Br. Schles. Pfandbriefe 87 Gld. Russisch Papiergeld 81¼—81 bez.

Breslau, 22. Novbr. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe, unverändert, ordinäre 12—13 Thlr., mittle 13½—14½ Thlr., feine 15½—17¼ Thlr., hochfeine 17¾—18¾ Thlr. pr. Ctr., Kleesaat, weiße, fest, ordinäre 18—20 Thlr., mittle 22—23½ Thlr., feine 25—27 Thlr., hochfeine 28—29 Thlr. pr. Ctr.

Roggen (pr. 2000 Pfd.) unverändert, gek. 1000 Ctr., pr. November 55 bis 54⅞—55 Thlr. bezahlt, November-Dezember 53 Thlr. Br., Dezember-Januar 52 Thlr. Br., Januar-Februar —, Februar-März —, März-April —, April-Mai 51¾—51 Thlr. bezahlt, Mai-Juni —.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. November 72 Thlr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. November 50 Thlr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. November 44½ Thlr. Br.

Raps (pr. 2000 Pfd.) gek. — Scheffel, pr. November 99 Thlr. Br.

Rüböl (pr. 100 Pfd.) Frühjahr höher, laufender Monat matter, gek. 500 Ctr., loco 12⅙ Thlr. Br., pr. November 12⅙ Thlr. bezahlt, November-Dezember 12⅙ Thlr. Br., Dezember-Januar 12⅙ Thlr. Br., Januar-Februar 12—⅙ Thlr. bezahlt und Br., Februar-März —, März-April —, April-Mai 12⅙ Thlr. bezahlt, Mai-Juni —.

Spiritus niedriger, gek. 10,000 Quart, loco 17⅙—16$^{11}/_{12}$ Thlr. bezahlt und Gld., pr. November 17 Thlr. bezahlt und Br., November-Dezember —, Dezember-Januar 16⅚ Thlr. Gld., 16⅚ Thlr. Br., Januar-Februar —, Februar-März —, März-April —, April-Mai 17 Thlr. bezahlt und Br.

Zink 6½ Thlr., gemischte Marken W. H. und P. H. im Durchschnitt 6 Thlr. 12 Sgr. bezahlt. **Die Börsen-Commission.**

= **Breslau**, 22. Novbr. [Der Schnellzug aus Wien] hat den Anschluß nach Breslau nicht erreicht.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 21. Novbr. Der „Abend-Moniteur" sagt bezüglich des Rundschreibens Ricasoli's: Das Florentiner Cabinet erweckt heute wieder die so oft von der Regierung des Kaisers ausgesprochene Idee, dessen unablässige Anstrengung auf die Versöhnung der nationalen Wünsche mit den religiösen Gefühlen der Halbinsel gerichtet ist. Angesichts solcher Stimmung kann der Papst vertrauensvoll der Zukunft entgegensehen. Man hat allen Grund zu glauben, daß die extremen Parteien nicht überwiegen, und daß die Curie den Einflüssen unzugänglich bleiben wird, welche unter der Maske eines falschen Eifers für die Sicherheit und die Würde des päpstlichen Thrones schädliche Absichten bergen. [Wiederholt.] (Wolff's T. B.)

Florenz, 21. Nov. Der König ist zurückgekehrt. Das Journal „Italie" schreibt: Die Regierung übernimmt einen verhältnißmäßigen Antheil an der päpstlichen Schuld bis 1860. Die seit 1860 zugetretene Schuld wird consolidirt, Italien zahlt dafür Zinsen und zahlt nur die Schuld des letzten Jahres baar. Persano wird am 1. Dezbr. vor den höchsten Gerichtshof gestellt. Ricasoli empfing gestern Herrn von Bruck. [Wiederholt.] (Wolff's T. B.)

Belgrad, 21. Nov. Serbien fordert direct von der Pforte die Räumung aller Festungen, besonders Belgrads. [Wiederholt.] (Wolff's T. B.)

Berlin, 22. Nov. Die „Kreuz-Ztg." schreibt: Gerüchte über die Neuorganisation des Kriegsministeriums sind vorläufig unbegründet; jedenfalls wird vor der Rückkehr Roons keine definitive Entscheidung getroffen. Die Zuziehung hannoverscher Vertrauensmänner bei der Einführung der preußischen Verfassung dürfte von der Haltung der betreffenden hannoverschen Kreise abhängen. (Wolff's T. B.)

Stuttgart, 22. Novbr. Der „Staatsanzeiger" meldet: Professor Pauli hat die nachgesuchte Dienstentlassung erhalten. Die „Bürgerzeitung" schreibt: Würtembergische Studirende verpflichteten sich durch Unterschrift zum Nichtbesuch der Vorlesungen Pauli's. (Wolff's T. B.)

Koburg, 22. Nov. Heute wurde der gemeinschaftliche Landtag eröffnet. Die Revenüen des Schmalkaldener Forstes kommen je halb an Koburg und an Gotha. Der Forst selbst dient als Pfand für die Darlehnsaufnahme wegen Kriegsschäden. Nach dem Reichswahlgesetz zerfällt das Herzogthum in zwei Wahlbezirke, Gotha und Koburg, letzteres zählt 47,000 Seelen. (Wolff's T. B.)

Paris, 22. Novbr. Der heutige „Moniteur" meldet: Marschall Bazaine ist am 2. October von Mexico nach Puebla abgereist und darum verhindert, den periodischen Bericht der Landeslage einzuschicken. Castelnau ist am 12. October in Veracruz eingetroffen und vom militärischen Cabinets-Chef Maximilians empfangen worden; am 13. October reiste er nach Mexico ab. (Wolff's T. B.)

Cairo, 18. Novbr. Das Parlament ist durch den Vicekönig eröffnet worden. (Wolff's T. B.)

Konstantinopel, 21. Nov. Ein Ministerium Fuad Pascha ist in Aussicht. Die Pforte trifft Vorbereitungen zu einer constitutionellen Regierung. (Wolff's T. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 22. Novbr., Nachm. 2 Uhr. [Schluß-Course.] Berg.-Märk. 152⅛. Breslau-Freiburger 142⅞. Neisse-Brieger 102. Kosel-Oderberg 52 B. Galizier 87 B. Köln-Minden 149. Lombarden 110. Mainz-Ludwigshafen 132 B. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 80½. Oberschles. Litt. A. 174⅞. Oesterr. Staatsbahn 109. Oppeln-Tarnowitz 76. Rheinische 116. Warschau-Wien 62¾. Darmst. Credit 85¾. Disconto-Commandit 99⅞. Minerva 30¾. Oesterr. Credit-Aktien 59½. Schles. Bankverein 113½. 5proc. Preuß. Anleihe 103⅞. 4½proc. Preuß. Anl. 99. 3½proc. Staatsschuldscheine 85¼. Oesterr. National-Anl. 52¾. Silber-Anleihe 59. 1860er Loose 64 B. 1864er Loose 39¼. Italien. Anleihe 53⅞. Amerikan. Anleihe 75⅞. Russ. 1866er Anleihe 85½. Russ. Banknoten 81½. Oesterr. Banknoten 79⅞. Hamburg 2 Monate 151. London 3 Monate 6, 21⅞. Wien 2 Monate 78⅞. Warschau 8 Tage 81. Paris 2 Monate 80$^{5}/_{12}$.

Wien, 22. November. [Schluß-Course.] 5% Metalliques 58, 75. National-Anlehen 66, 60. 1860er Loose 81, —. 1864er Loose 73, 90. Credit-Actien 153, 80. Nordbahn 151, —. Galizier 218, —. Böhmische Westbahn 157, 25. Staats-Eisenbahn-Actien-Cert. 208, 50. Lomb. Eisenbahn 209, —. London 127, 50. 128, 25. Kassenscheine 190. Napoleonsd'or 10, 23.

Paris, 21. Novbr., Nachm. 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 69, 52. Italien. 5proc. Rente 56, 12. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 418, 75. Credit-Mobilier-Actien 607, 25. Lombard. Eisenbahn-Actien 412, 50. Oesterr. Anl. von 1865 321. Amerikaner 79⅜. Ziemlich fest.

Berlin, 21. November. Roggen: ermattend. Nov. 57½, Nov.-Dez. 57⅛, Dez.-Jan. 56¾, April-Mai 55⅞. — Rüböl: fest. Novbr. 12⅜, April-Mai 12⅞. — Spiritus: still. Nov. 17¼, Nov.-Dez. 16⅞, Dez.-Jan. 16⅚, April-Mai 17$^{7}/_{24}$. (M. Kurnik's T. B.)

Stettin, 22. Novbr. [Telegr. Dep. des Bresl. Handelsbl.] Weizen matter, pro Nov. 84. Frühjahr 85½. — Roggen flau, pro Novbr. 56¾. Frühjahr 55. — Gerste, geschäftslos, pro Frühjahr —. — Hafer, geschäftslos, pro Frühjahr —. — Rüböl still, pro Nov. 12 Frühj. 12½ Br. — Spiritus niedriger, pro Nov.-Dez. 16¼ Br. Frühj. 16¾ bez.

Inserate.

Als Verlobte empfehlen sich:

Anna Reiter. [5837]

Benjamin Frommberger.

Breslau, den 21. November 1866.

Statt jeder besonderen Meldung empfehlen sich als Verlobte: [807]

Auguste Weiß.

Herrmann Fuchs.

Kempen. Schildberg.

Kempen, den 21. November 1866.

Am 20. dieses Monats starb unser jüngstes Söhnchen **Felix** an der Bräune im Alter von 1¼ Jahren. [5833]

Julius Lewin und Frau.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Frl. Marie Dresser mit Herrn Wilh. Reckin in Berlin, Frl. Auguste Siecke mit Hrn. Spinnereibes. Gustav Hirche in Sommerfeld.

Eheliche Verbindungen: Herr Ernst Klähre mit Fräul. Marie Dahms in Berlin, Herr D. Heymann mit Fräul. Henriette Philippsthal das.

Geburten: Ein Sohn Herrn Julius Oppenheim in Berlin, eine Tochter Hrn. H. Blumenfeld.

Todesfälle: Herr Dr. Moritz Frankfurther in Berlin, Hr. Friedr. Pfotenhauer das., Hr. Kaufm. Heinrich Blohm das., Hr. Louis Zeunert das., Frau Hedwig Arndt geb. Wohlfarth das.

Verein. △ 26. XI. 6½. B. R. u. T. △ I.

Allgemeine Preußische Alter-Versorgungs-Gesellschaft
zu Breslau.

Die Gesellschaft versichert unter den günstigsten Bedingungen **Jahres-Pensionen** in Höhe von 10 bis 800 Thlr. Jede Auskunft wird ertheilt und Anträge werden entgegengenommen im Bureau der Gesellschaft: **Malergasse Nr. 26.** [4367]

Zur Akademie-Frage.

In der Buchhandlung **Maruschke & Berendt** in Breslau, Ring, 7 Kurfürsten, ist zu haben: [4366]

Denkschrift zu dem projectirten Plane einer Central-Akademie für die Haupt- und Residenzstadt Breslau, nebst Erläuterungen eines Modells, verfaßt von Carl Waltz, Königl. Universitäts-Künstler a. D., Lehrer der bildenden Künste und Ritter des rothen Adler-Ordens. Preis 1 Sgr.

Der ganze Betrag ist für die kronprinzliche Invaliden-Stiftung bestimmt.

Berichtigung. . n der Bekanntmachung der Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Compagnie vom 26. Mai d. J., in dem Nummern-Verzeichnisse der noch nicht zur ersten Einzahlung präsentirten neuen Actien, steht in den Breslauer Zeitungen vom 29., 31. Mai und 15. Juni d. J. durch einen Druckfehler die Nr. 25,580 statt **25,680.** [4363]

Dr. Sampson, Specialarzt aus New-York, versendet gegen frankirte Briefe unentgeltlich seine Schrift **über Heilbarkeit der Lungenschwindsucht** durch die neue amerikanische Methode, sowie **über sichere Hebung von Schwächezuständen** in alten und jungen Männern. Adressen: **Dr. Sampson,** z. Z. in Braunschweig. Consultationen unentgeltlich. [4378]

Winter-Saison
in
Bad Homburg vor der Höhe.

Die Winter-Saison von Homburg bietet den Fremden alle Annehmlichkeiten und Zerstreuungen größerer Städte.

Das großartige Conversationshaus bleibt das ganze Jahr hindurch geöffnet; dasselbe enthält einen großen Ball- und Concertsaal, einen Speise-Salon, Kaffee- und Rauchzimmer, mehrere geschmackvoll ausgestattete Conversations- und Spielsäle. Das große Lesecabinet ist dem Publikum unentgeltlich geöffnet und enthält die bedeutendsten deutschen, französischen, englischen, italienischen, russischen, polnischen und holländischen politischen und belletristischen Journale. Die Restauration ist dem rühmlichst bekannten Hause Chevet aus Paris anvertraut.

Jeden Abend läßt sich die Curkapelle von Garbe und Koch in dem großen Ballsaale hören.

Bälle, Concerte und andere Festlichkeiten wechseln, wie in der Sommer-Saison, fortwährend miteinander ab. Eine ausgezeichnete französische Vaudeville-Gesellschaft ist engagirt, die in dem Theatergebäude, welches durch eine geheizte Gallerie mit dem Conversationshause verbunden ist, wöchentlich drei Vorstellungen giebt.

Große Jagden in weitem Umkreise enthalten sowohl Hochwild als alle anderen Wildgattungen.

Man gelangt von Wien in 24 Stunden, von Berlin in 15 Stunden, von Paris in 16 Stunden, von London in 24 Stunden, von Brüssel und Amsterdam in 12 Stunden vermittelst directer Eisenbahn nach Homburg. Sechszehn Züge gehen täglich zwischen Frankfurt und Homburg hin und her und befördern die Fremden in einer halben Stunde; es wird denselben dadurch Gelegenheit geboten, Theater, Concerte und sonstige Abendunterhaltungen Frankfurts zu besuchen. [3756]

Am 1. Dezember 1866

Ziehung der von der Regierung garantirten großen Geldverloosung. Es **müssen** in **dieser Ziehung** gewonnen werden: fl. **250,000, 25,000, 15,000, 10,000, 5000,** 3mal **2000,** 6mal **1000,** 15mal **500,** 30mal **400** ꝛc. ꝛc.

Loose zu dieser Ziehung kosten ½ Thlr. 1., 1/1 Thlr. 2., 6 Stück Thlr. 10., 13 Stück Thlr. 20.

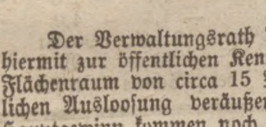
Die Einlage kann in baar, Papiergeld und Banknoten jeder Art eingeschickt werden oder ich übersende die Loose auf Verlangen gegen Postvorschuß.

Carl Schäffer, in **Frankfurt a. M.**

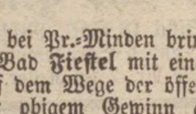
Zur Beachtung! Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß mit der Einlage von nur Thlr. 2. schon am 1. Dezember **eine Viertel-Million Gulden** gewonnen werden kann. [4376]

10,000 Thlr. sind zur Unterstützung deutscher Krieger oder deren Hinterbliebenen von dem Erlöse ausgesetzt.

Einlage Thlr. 1. Pr. Crt. Hauptgewinn event. fl. 300,000.



Große Verloosung



von Pferden, Wagen, Capitalien und Grundbesitz.

Der Verwaltungsrath des Schwefelbades **Fiestel** bei Pr.-Minden bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß das reizende Bad **Fiestel** mit einem Flächenraum von circa 15 Morgen Gartenlandes auf dem Wege der öffentlichen Ausloosung veräußert werden soll. — Außer obigem Gewinn als Hauptgewinn kommen noch eine große Anzahl der **schönsten Pferde, Equipagen, Silberwaaren & Staats-Prämien-Loose** mit Treffern von:
fl. **300,000, 250,000, 200,000, 150,000, 50,000, 46,000, 43,000, 40,000, 35,000, 30,000** ꝛc. ꝛc. zur Verloosung.

Sämmtliche Gewinne müssen in bevorstehender einen Ziehung gewonnen werden, sind Original-Loose, sowie ausführliche Verloosungspläne nur und allein durch unseren General-Agenten bis **15. Dezember a. c.** zu beziehen.
Ein Original-Loos kostet **Thlr. 1. Pr. Crt.** oder **fl. 1. 45.**
Eilf Original-Loose kosten " **10.** " " " " 17. 30.

Gefällige Aufträge mit Baarsendung oder Ermächtigung zur Postnachnahme beliebe man baldigst und nur direct an unseren General-Agenten Herrn **Carl Hensler** in **Frankfurt a. M.** zu richten. [4377]

Der Verwaltungsrath.

Kein Loos bleibt ohne Ersatz!

Agenten zum Wiederverkauf werden gegen angemessene Provision gesucht.

Montag, den 26. November Vormittags 9¼ Uhr sollen in Berlin, Französischestraße Nr. 20A.
die von den Beamten der

Königl. Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn ausrangirten Bekleidungsstücke,

als: Pelzüberzüge, Mäntel, Paletots mit wollenem Futter, Filzstiefeln mit Lederbesatz ꝛc. gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. [4152]

Frantz, kgl. Auctions-Commissarius, Leipzigerstraße 66.

Großes Lager fertiger Pelzwaaren
für Herren und Damen.

Bestellungen und Reparaturen prompt und zu den **billigsten Preisen.**

Jacob Moll,

[4323] Albrechtsstraße Nr. 13, neben der königl. Bank.

[2357] **Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Berliner-Straße unter Nr. 38 belegenen, auf 18,236 Thlr. 2 Sgr. 7 Pf. abgeschätzten Grundstückes haben wir einen Termin auf
den 6. Juni 1867, Vormitt. 11½ Uhr, vor dem Gerichts-Assessor Wachler
im Berathungszimmer im 1. Stock des Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büreau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die ihrem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger Maurermstr. Ernst Uber, Kaufmann Herrmann Mandel und die verw. Particulier Gawel, Marie, geb. Erbe, sowie der Kaufmann und Commissionär Victor Lobethal werden zu diesem Termine hiermit vorgeladen.

Breslau, den 31. October 1866.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[2359] **Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Wiederverkaufe des hier in der Ohlauer-Vorstadt an der Neuen-Tauenzienstraße sub Nr. 71 belegenen, auf 20,392 Thlr. 7 Sgr. 1 Pf. abgeschätzten Grundstückes haben wir einen Termin auf
den 3. Juni 1867, Vorm. 11 Uhr, vor dem Assessor v. Flansz
im Berathungszimmer im 1. Stock des Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büreau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Breslau, den 9. October 1866.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[2358] **Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Kleinen-Scheitnigerstraße unter Nr. 8 mit Ausschluß des durch Vertrag vom 30. Juli 1864 an den Hausbesitzer Traugott Bober belegenen veräußerten Trennstückes auf 7361 Thlr. 26 Sgr. 3 Pf. abgeschätzten Grundstückes haben wir einen Termin auf
den 29. Mai 1867, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Assessor v. Flansz
im Berathungszimmer im 1. Stock des Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büreau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Zu diesem Termine werden die Erben des Particuliers Johann Gottlieb Preßgott, sowie der Besitzer Restaurateur Friedrich Musach hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 28. October 1866.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [2363]

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **A. Rosenzweig** zu Breslau der Gemeinschuldner die Schließung eines Accords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Konkurs-Gläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin
auf den 12. Dezember 1866, Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissarius im Berathungs-Zimmer Nr. 20 im 1. Stock
anberaumt worden.

Die Betheiligten, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder bestritten haben, werden hiervon in Kenntniß gesetzt.

Breslau, den 17. November 1866.
Königl. Stadt-Gericht.
Der Kommissar des Konkurses: Fürst.

[2364] **Bekanntmachung.**

In dem Concurse über das Vermögen des Kaufmanns **Louis Meyer,** in Firma **L. Meyer jun.** hier ist der Kaufmann **Carl Schwab** hier zum definitiven Verwalter der Masse bestellt und zur Anmeldung der Forderungen der Concursgläubiger noch eine zweite Frist
bis zum 13. Dezember 1866 einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 20. October 1866 bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist
auf den 27. Dezember 1866, Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissarius, Gerichts-Assessor Wachler im Terminszimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes
anberaumt. Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen zur Proceßführung bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwalte Justizräthe Fraenkel, Plathner, Krug zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 16. November 1866.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Holz-Verkauf.

200 Stück starkes und 100 bis 150 Stück schwächeres Balkenholz, meist Lärchen, auch Kiefern und Fichten, werden aus dem diesjährigen Schlage im hiesigen Stadtforst zum Verkaufe gestellt. Die Verkaufsbedingungen liegen im Rathhause aus. Baldigen Kaufofferten wird entgegengesehen. [2356]

Leobschütz, den 17. November 1866.
Der Magistrat.

[2360] **Bekanntmachung.**

Der unbekannte Inhaber eines von Gustav Simon auf Julius Moritz Adolph Kaerger in Breslau, Schwertstraße Nr. 1, gezogenen Wechsels über 300 Thaler preußisch Courant, d. d. Breslau, den 28. April 1865 und fällig am 28. Juli 1865, welcher einen mit dem Namen des Bezogenen unterzeichneten Annahmevermerk und über demselben zwei Stempelabdrücke folgenden Inhalts:
„Vieh Krugbesitzer J. M. A. Kaerger Breslau",
auf der Rückseite aber die Blancogiros des Ausstellers und des C. Becker trägt und dem Expedienten Wilhelm Becker hier angeblich verloren gegangen ist, wird hierdurch aufgefordert, denselben sofort, spätestens aber in dem
am 5. März 1867, Vormittags 11 Uhr, vor dem Stadtrichter Engländer,
im Terminszimmer Nr. 47, im 2. Stock des Stadtgerichts anstehenden Termine dem unterzeichneten Gericht vorzulegen, widrigenfalls dieser Wechsel für kraftlos erklärt werden wird.

Breslau, den 27. October 1866.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [2362]

In dem Konkurse über das Vermögen des Maurermeisters **Gottlieb Wiesner** zu Breslau ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Accord ein Termin
auf den 19. Dezember 1866, Vormittags 9 Uhr, vor dem Kommissarius Stadt-Gerichts-Rath Fürst im Termins-Zimmer Nr. 47 des zweiten Stocks
anberaumt worden.

Die Betheiligten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkurs-Gläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Akkord berechtigen.

Breslau, den 17. November 1866.
Königl. Stadt-Gericht.
Kommissar des Konkurses: Fürst.

Aufforderung der Konkursgläubiger, nach Festsetzung einer zweiten Anmeldungsfrist.

In dem Concurse über das Vermögen des Kaufmanns **Louis Schindler** hierselbst ist zur Anmeldung der Forderungen der Concursgläubiger noch eine zweite Frist
bis zum 12. Dezember 1866 einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 16. September 1866 bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist
auf den 21. Dezember 1866, Vormittags 11 Uhr, in unserem Gerichts-Local, Termins-Zimmer Nr. 5 vor dem Commissar Herrn Kreisrichter Fritsch
anberaumt und werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Gutmann, Lebenhain, Leonhard, Schröder, die Justiz-Räthe Walter, Schmiedicke hierselbst, sowie die Rechtsanwälte Volkening, Zenthöfer zu Myslowitz und Toepfer in Tarnowitz zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Beuthen OS., den 15. November 1866.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

[2064] **Nothwendiger Verkauf.**
Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung zu Ratibor.

Die den Schuhmachermeister **Franz Hackenberg**'schen Erben gehörige Hausbesitzung, Hypotheken-Nr. 4, große Vorstadt Ratibor, geschätzt auf 10,775 Thlr., soll
am 6. Mai 1867, von Vorm. 11 Uhr ab, an hiesiger Gerichtsstelle
subhastirt werden.

Taxe und Hypothekenschein sind in unsere Botenmeisterei einzusehen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei dem Gericht anzumelden.

Der königliche Ober-Landes-Gerichts-Rath Proske hierselbst, beziehentlich dessen Erben werden zu diesem Termine hierdurch öffentlich geladen. Ratibor, den 3. October 1866.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung. [2355]

Nachdem in dem Concurse über das Vermögen der Handelsgesellschaft **Gebr. Fraenkel** zu Ratibor der Gemeinschuldner die Schließung eines Accords beantragt hat, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Concurs-Gläubiger, deren Forderungen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf
den 30. November 1866, Vorm. 10 Uhr, in unserem Instructions-Zimmer vor dem unterzeichneten Commissar Kreisrichter Lefeldt
anberaumt worden.

Die Betheiligten, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder bestritten haben, werden hiervon in Kenntniß gesetzt.

Ratibor, den 18. November 1866.
Königliches Kreis-Gericht.
Der Commissar des Concurses.

Auction. [4278]

Montag den 26. Novbr. 1866, Früh 8 Uhr, sollen im Hospital zu St. Bernhardin in der Neustadt Nachlaßsachen verstorbener Hospitaliten gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden. **Das Vorsteher-Amt.**

[2366] **Bekanntmachung.**

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 93 die Firma **Theophil Kowal** zu Lublinitz und als deren Inhaber der Kaufmann **Theophil Kowal** am 20. November 1866 eingetragen worden.

Lublinitz, den 20. November 1866.
Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Proclama. [2361]
Königl. Kreis-Gericht zu Krotoschin.
I. Atheilung.

Am 16. November 1866, Nachmittags 1 Uhr.

Ueber das Vermögen des früher in Baszkow wohnhaften Rittergutsbesitzers Grafen **Alexander v. Mielzynski** ist der gemeine Concurs eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechts-Anwalt **Kubale** in Krotoschin bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem
auf den 4. Dezember d. J., Vormittags 11 Uhr, vor dem Commissar Kreis-Richter Woelffel im Terminszimmer Nr. 14
anberaumten Termine die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände
bis zum 12. Dezember 1866 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte ebendahin zur Concursmasse abzuliefern.

Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Katholische Lehrerstelle.

Bei der hiesigen **katholischen Stadtschule** ist ein **Elementarlehrer** mit 250 Thaler jährlichem Gehalt zu **Neujahr** oder zu **Ostern k. J.** anzustellen. Qualificirte Bewerber wollen ihre **Gesuche** unter Beifügung der Zeugnisse und einer kurzen Lebensbeschreibung sowie unter Angabe, wenn sie hier eintreten können, schleunigst, spätestens **bis zum 1. Dezember d. J.** bei uns einreichen.

Groß-Glogau, den 16. November 1866.
Der Magistrat. [2335]

Auction.

Am 26. d. Mts. sollen aus verschiedenen Nachlässen [4380]
1. Vorm. 9 Uhr Siebenhufenerstraße 22 und
2. Nachm. 3 Uhr Hinterhäuser Nr. 24
Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Meubel und Hausgeräthe versteigert werden.
Fuhrmann, Auctions-Commissarius.

Verlag von **Gustav Schlawitz** in **Berlin.**

Zu erhalten durch alle Buchhandlungen, in **Breslau** bei **Josef Max & Comp.:**

Comparative Darstellung
des
Lehrbegriffs
der verschiedenen christlichen Kirchenparteien
nebst
vollständigen Belegen aus den symbolischen Schriften derselben,
von
Dr. Geo. Bened. Winer,
weiland königl. Kirchenrathe und ordentl. Professor der Theologie auf der Universität Leipzig.
Dritte wohlfeile Ausgabe,
besorgt von
Lic. Dr. Ed. Preuss,
Docent a. d. Universität und Oberlehrer am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Berlin.
11¼ Bog. und 4 Tabellen.
gr. 4. Broch. Preis: 1 Thaler.

Es freut uns, von der lange entbehrten Winer'schen Symbolik hiermit aus unserem Verlage eine von Lic. Dr. Preuss besorgte neue (dritte) wohlfeile Ausgabe bieten zu können. [4372]

Die Winer'sche Symbolik giebt eine vollständige wohlgeordnete Sammlung der Hauptstellen aus den symbolischen Büchern aller christlichen Kirchen und ermöglicht ihren Käufern somit ein selbstständiges und begründetes Urtheil über die Controverslehren. Das literarische und doctrinelle Material, welches seit der zuletzt erschienenen zweiten Ausgabe hinzugekommen, ist für diese dritte verwerthet.

„König Wilhelm-Geld-Lotterie."

Zur bevorst. 2. Zieh. mit Gew. v. **15000, 5000, 3000, 2000, 1000,** 8 Mal **à 500,** 12 **à 300,** 16 **à 200,** 40 **à 50,** 200 **à 25,** 400 **à 20,** 2000 **à 10,** 4000 **à 5 Thlr.,** kostet 1/1 Loos **2,** ½ Loos **1** Thlr. [4142]

Zur bevorst. 2. Zieh. der **„1866er Köln. Domb.-Lotterie"** mit 1372 Gew., **à 25,000, 10,000, 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100 Thlr. ꝛc., kostet 1 Loos 1 Thlr.** Geg. Eins. d. Betr. o. d. Postvorsch. zu bez. von **Schlesinger's** Lott.-Agentur, Breslau, Ring **4.**

Jagd-Einladungen

[3715] stets vorräthig:
Institut **M. Spiegel,** Breslau.

5000 Thaler

werden auf 2 Breslauer Grundstücke im Werthe von 20,000 Thlr. zur ersten Hypothek gesucht. Reflectanten erfahren Näheres durch den Buchhalter Herrn C. W. Kanus in Leobschütz.

Carl W. Hoffmann in Leipzig,
Rannstädter Steinweg 29, übernimmt den **Verkauf jedes couranten Artikels** und leistet Vorschüsse hierauf. [4156]

Salon-Photogene

gebe ich zum billigsten Preise in Barrels ab.
[5638] **J. C. Hillmann.**

Preise der Cerealien.

Amtliche (Neumarkt) Notirungen.

Breslau, den 22. November 1866.

	feine,	mittle,	ord. Waare.	
Weizen, weißer	93—99	87	83—84	Sgr.
dito gelber	89—93	86	82—84	„
Roggen	70 71	69	68	„
Gerste	58—60	55	50 53	„
Hafer	34	33	31—32	„
Erbsen	68—72	64	55—60	„

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen. Pro 150 Pfd. Brutto in Silbergroschen.

Raps	210	200	180
Rübsen, Winterfr.	192	182	170
„ Sommerfr.	172	162	152
Dotter	170	160	150

Amtliche Börsennotiz für loco **Kartoffel-Spiritus** pro 100 Quart bei 80% **Tralles.** $17\frac{1}{8}$ — $16\frac{11}{12}$ bz. u. G.

21. u. 22. Novbr.	Abs. 10 U.	Mg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Luftdr. bei 0°	327'''56	329'''70	331'''42
Luftwärme	— 0,4	— 2,8	— 1,1
Thaupunkt	— 1,4	— 4,0	— 3,0
Dunstsättigung	91 pCt.	90 pCt.	83 pCt.
Wind	W 1	W 2	W 2
Wetter	bed., Schnee	trübe	wolkig

Breslauer Börse vom 22. November 1866. Amtliche Notirungen.

Wechsel-Course.		
Amsterdam	kS	—
dito	2M	—
Hamburg	kS	—
dito	2M	—
London	kS	—
dito	3M	—
Paris	2M	—
Wien öst. W.	2M	—
Frankfurt	2M	—
Augsburg	2M	—
Leipzig	2M	—
Warschau	8T	—

Geld- u. Papiergeld.		Brief.	Geld
Dukaten		—	95¼
Louisd'or		—	110¾
Poln. Bank-Bill.		—	—
Russ. dito		81⅜	80⅞
Oesterr. Bankn.		79⅞	79¼
Inländ. Fonds.	**Zf**		
Preuss. A. 1859	5	104¼	—
Freiw. St. A.	4½	99⅜	—
Preuss. Anl.	4½	99⅜	—
dito	4	—	88¾
St.-Schuldsch.	3½	—	81½
Präm.-A. 1855	3½	120¼	—
Bresl. St.-Obl.	4	—	—
dito	4½	—	—
Posen. Pfdbr.	4	—	—
dito	3½	—	—
Pos. Cred.-Pf.	4	89¼	88¾

	Zf	Brief.	Geld.
Schles. Pfdbr.			
à 1000 Th.	3½	87¼	86¾
dito Litt. A.	4	95¼	—
dito Rust.	4	94¾	—
dito Litt. C.	4	94¾	—
dito Litt. B.			
à 1000 Th.	4	—	—
dito	3½	—	—
Schl. Rentnbr.	4	92¼	—
Posen. dito	4	89½	—
Eisenb.-Prior.-A.			
Brsl.-Sch.-Fr.	4	—	88
dito	4½	93½	—
Köln-Mind. IV.	4	—	—
dito V.	4	—	—
Ndrschl.-Mrk.	4	—	—
dito Ser. IV.	4½	—	—
Oberschl. D.	4	—	83
dito E.	3½	—	78
dito F.	4½	93½	93
Kosel-Oderb.	4	—	—
dito	4½	—	—
dito Stamm-	5	—	—
dito dito	4½	—	—
Inl. Eisenb.-St.-A.			
Brsl.-Sch.-Fr.	4	143 B.	
Neisse-Brieg.	4	—	
Ndrschl.-Mrk.	4	—	
Obrschl. A. C.	3½	174½ bz. G.	
dito B.	3½		
Rheinische	4	—	

	Zf.	
Kosel-Oderb.	4	53¼ B.
Opp.-Tarnow.	5	77¼,½ bz. G.
Fr.-W. Ndb. A.	4	80¼ G.
Ausländ. Fonds		
Amerikaner.	6	75⅞,¼ bz. G.
Poln. Pfndbr.	4	61¼ B.
Krak.-Obschl.	4	—
Oest. Nat.-A.	5	52⅞ B.
Oesterr. L. v. 60	5	64 G.
dito 64		—
pr. St. 100 Fl.		40 B.
N. Oest. Silb. A.	5	—
Ital. Anleihe	5	54⅛ bz.
Ausländ. Eisenb.		
Wrsch.-Wien.	5	62⅝,½ bz. G.
Gal. Ludw.-B.	5	—
Silb.-Prior.	5	—
dito St.-Pr.	5	—
Ind.- u. Bergw.-A.		
Schl. Feuer-V.	4	—
Min.-Brgw.-A.	5	30¼ G.
Brsl. Gas-Act.	5	—
Schl. Znkh.-A.		—
dito St.-P.	4½	—
Preuss. und ausl. Bank-A. u. Obl.		
Schles. Bank.	4	114 B.
Disc.-Com.-A.	4	—
Darmstädter	4	—
Oesterr. Credit	5	—

Die Börsen-Commission.

Verantw. Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.